W O R T- U N D K U R Z P R O T O K O L L

der 11. Sitzung der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
am Freitag, dem 7. Juni 2013, 12:00 Uhr,
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Jörg Heydorn

T A G E S O R D N U N G

1. Anhörung zum Thema
„Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern“

hierzu: Anlagen 1 bis 6
2. Allgemeine Kommissionsangelegenheiten
 - Grundlagenexpertise von Herrn Prof. Dr. Peter Dehne „Wohnen im Alter“
 - Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Gesundheitswirtschaft
 - Sondersitzung am 25. Oktober 2013

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Anhörung zum Thema

„Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern“

hierzu: Anlagen 1 bis 6

Vors. **Jörg Heydorn**: Meine Damen und Herren, 12:00 Uhr, die Zeit ist ran. Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer heutigen Enquete-Kommissionssitzung. Es ist die 11. Sitzung. Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise. Insbesondere begrüße ich die Experten zu meiner linken und rechten Seite, die uns heute hier auf unserer Sitzung Rede und Antwort stehen wollen. Ich eröffne den Tagesordnungspunkt 1 zum Thema „Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern“. Frau Gajek.

Abg. **Silke Gajek**: Herr Vorsitzender, ich bitte darum, heute ein Wortprotokoll zum TOP 1 durchzuführen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Dann werden wir das machen. Bevor wir in die Vorträge einsteigen, erlauben Sie mir ein paar Hinweise. Wir gehen heute ein Stück weit anders vor, als das in Anhörungen üblich ist. Das heißt, die Kommissionsmitglieder brauchten keine Fragen zu formulieren, die dann durch die Expertinnen und Experten beantwortet werden, sondern wir haben versucht, uns Leute einzuladen, die uns wirklich zielführend aus unterschiedlichen Blickrichtungen beim Thema „Einkommens- und Vermögensentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern“ perspektivisch weiterhelfen. Also Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in unterschiedlichen Themenbereichen unterwegs sind und mit denen wir über das Sekretariat der Enquete-Kommission besprochen haben, dass sie uns einfach über die Dinge berichten, die zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gehören. Das soll heute so der Fall sein. Insofern mussten vorher keine Fragen gestellt werden, sondern wir machen das jetzt so und werden dann zum Abschluss diskutieren. Zum Verfahren würde ich vorschlagen, dass wir zwischen den Vorträgen die Möglichkeit zulassen, dass Verständnisfragen gestellt werden, aber dass wir die Diskussion zum Ende hin führen, weil ansonsten, glaube ich, laufen wir Gefahr, dass wir nach jedem Beitrag dann stark diskutieren und irgendwo nach hinten dann in Zeitverknappung kommen. Also Verständnisfragen, die räume ich gerne ein, aber die Abschlussdiskussion

machen wir dann, wenn wir mit den Beiträgen durch sind. Ich will noch einmal kurz an den Anlass der Anhörung anknüpfen. Sie wissen, Ausgangspunkt ist das Gutachten, das wir mit der Universität Rostock gemacht haben, mit Frau Prof. Dr. Tivig, die sich im Rahmen ihres Gutachtens auch mit der Einkommens- und Vermögenssituation von älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auseinandergesetzt hat, aber unter Status-quo-Gesichtspunkten. Die Aussage, die dort getroffen wurde, glaube ich, kann man zusammenfassen mit dem Satz: Es ging noch keiner Rentnergeneration in Mecklenburg-Vorpommern so gut wie der heutigen. Die spannende Frage für uns ist: Bleibt das so? Welche Spreizungen haben wir zu erwarten? Wie sieht das aus mit drohender Altersarmut aufgrund von gebrochenen Erwerbsbiografien und so weiter und so fort. Und wir hoffen, dass unsere Gäste uns dazu Antworten geben können. Als Erstes würde ich Herrn Prof. Dr. Ragnitz um seine Ausführungen bitten. Herr Prof. Dr. Ragnitz kommt vom ifo Institut aus Dresden und ist hier in Mecklenburg-Vorpommern kein Unbekannter. Er hat sich zusammen mit Herrn Prof. Dr. Seitz schon mal auseinandergesetzt mit finanzpolitischen Fragen des Landeshaushaltes. Er hat Aussagen zur mittelfristigen Einkommensentwicklung in Sachsen aus dem Jahr 2009 getroffen und ist, denke ich, gerade in den ostdeutschen Bundesländern als Politikberater bekannt und gilt, wenn ich das sagen darf, auch als Spezialist für das Thema „Finanzwirtschaftliche Forschung in Ostdeutschland“. Herr Prof. Dr. Ragnitz wird sich damit beschäftigen, wie sich Alterseinkünfte in Mecklenburg-Vorpommern in der Perspektive entwickeln und gibt uns eine Einführung dazu. Herr Prof. Dr. Ragnitz, bitte schön.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz (ifo Institut, Niederlassung Dresden): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete und Mitglieder der Enquete-Kommission! Also erst mal herzlichen Dank, dass ich hier zu Ihnen kommen durfte und aus unserer Arbeit über die künftigen Rentenansprüche berichten kann. Zunächst wurde ich gebeten, so als Vorbemerkung ganz kurz zu sagen, wie denn die Alterseinkünfte sich überhaupt zusammensetzen. Also, es ist so, dass es grundsätzlich drei Quellen gibt, nämlich die Ansprüche an die verschiedenen Arten der gesetzlichen Rentenversicherung beziehungsweise Beamtenversorgung und Ähnliches. Darüber hinaus dann natürlich alles, was so an Rentenansprüchen aus betrieblichen Altersversorgereinrichtungen gezahlt wird und zum Dritten natürlich alles, was Altersvorsorge auf privatwirtschaftlicher Basis angeht, also Einkünfte aus Vermögen,

aus Vermietung, Verpachtung und Ähnliches. Das muss man im Hinterkopf behalten, weil sich die Lage diesbezüglich zwischen West- und Ostdeutschland stark unterscheidet. In den ostdeutschen Ländern haben die Menschen primär Ansprüche an die gesetzlichen Versorgungssysteme. Dort ist relativ wenig mit privater Altersvorsorge geschehen. Auch die betrieblichen Ansprüche sind vergleichsweise schwach ausgeprägt, während das in Westdeutschland deutlich stärker verbreitet ist. Dementsprechend gibt es da auch Unterschiede in der Betroffenheit mit potenzieller Altersarmut in dem Heute und auch in Zukunft, weil eben private Vorsorge nicht so verbreitet ist. Und natürlich gerade bei den Bevölkerungsgruppen, die stark betroffen sein können, also die mit geringen Einkommen in ihrer Erwerbsphase, beziehungsweise Leute, die viel von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Da spielt private Altersvorsorge so oder so keine große Rolle. Ich mache hier Ausführungen, die sich nicht primär auf Mecklenburg-Vorpommern beziehen, weil die Datenlage es nicht hergegeben hat, sondern sie beziehen sich auf Westdeutschland versus Ostdeutschland. Der Hintergrund ist aber, dass die Situation in den einzelnen ostdeutschen Ländern sich nicht großartig unterscheidet, nach unseren Erkenntnissen, sodass man vermutlich die Ergebnisse für die neuen Länder insgesamt auch auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen kann. Das mag ein bisschen anders aussehen, was die Demografie, die Zusammensetzung der Bevölkerung angeht, aber die grundlegenden Aussagen sind ungefähr die gleichen. Zeithorizont ist bei mir 2020 bis 2025, also ein relativ naher Zeitpunkt. Darüber kann man noch quantitative Aussagen treffen. Darüber hinausgehend wird es ein bisschen schwer. Soweit zur Vorbemerkung. Die Lage heute ist, wie das auch aus Ihrer Studie von Frau Prof. Dr. Tivig hervorging, vergleichsweise gut in Ostdeutschland. Hier sind einfach mal die Zahlen dargestellt. Die Bruttoeinkommen aus eigener Regel- und Zusatzsicherung liegen in Ostdeutschland bei 1.200 Euro pro Monat bei den Männern, bei 800 Euro bei den Frauen. In Westdeutschland ist es besser, aber das liegt eigentlich nur daran – also die Zahlen da oben sehen Sie ja, 1.700 Euro bei den Männern und bei den Frauen ist etwas weniger, 560 Euro –, das liegt aber vor allem an der privaten Vorsorge beziehungsweise betrieblichen Altersvorsorgeeinrichtungen. Wenn Sie sich allein die Zahlungen aus der GRV anschauen, aus der gesetzlichen Rentenversicherung - das wäre diese untere Reihe –, da sehen Sie, dass die Unterschiede bei den Männern zwischen West- und Ostdeutschland gegen null gehen. Bei den Frauen ist das so, dass die ostdeutschen

Frauen mit 800 Euro Anspruch pro Monat deutlich besser gestellt sind als die westdeutschen Frauen mit 560 Euro Anspruch. Was damit zu tun hat, dass eben die Erwerbsbiografien in Ostdeutschland andere sind. Hier sind Frauen in ihrem Erwerbsleben sehr viel stärker in den Arbeitsmarkt integriert gewesen, als es in Westdeutschland aus traditionellen Gründen der Fall ist. Das Problem von Altersarmut gibt es derzeit in Ostdeutschland nicht wirklich, in Westdeutschland auch nicht wirklich. Was man daran sehen kann, altersarm sind ja eigentlich nur diejenigen Leute, die mit ihren verfügbaren Einkommen unter die Grenze fallen, ab der man dann Grundsicherung in einem Alter in Anspruch nehmen kann. Jetzt kann man darüber streiten, ob das genug ist oder nicht. Aber auf jeden Fall sind nur diejenigen Leute, die Grundsicherung in ihrem Alter in Anspruch nehmen müssen, offensichtlich von ihren eigenen Ansprüchen her tatsächlich so schlecht gestellt, dass sie als altersarm gelten können. Es sind in Ostdeutschland 1,7 Prozent der Rentner, in Westdeutschland 2,6 Prozent der Rentner. Das sind also eher geringe Zahlen. Wie geht es weiter in den nächsten zehn Jahren? Ich vergleiche jetzt immer die Situation der Neurentner so um 2008 bis 2010 mit den Neurentnern 2020 bis 2022. Die Vermutung dabei ist dann immer, die Altersarmut nimmt in Ostdeutschland sehr, sehr stark zu. Das wird ja immer wieder so gesagt, weil es diskontinuierliche Erwerbsbiografien gibt beziehungsweise die Einkommen, die Arbeitseinkommen, die Löhne in Ostdeutschland auch vergleichsweise gering sind. Das muss man allerdings jetzt ein bisschen differenzierter sehen nach den Zahlen, die ich habe. Das Problem dabei ist, wir wissen relativ viel über die Erwerbsbiografien in der Vergangenheit. Die Erwerbsbiografien von heute bis zu dem Zeitpunkt 2020, den ich hier als Zielgröße habe, muss man irgendwie vorausschätzen. Da haben wir bestimmte Annahmen darüber, dass die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit genau die gleiche ist, individuell gesehen, wie in der Vergangenheit. Und dann kann man dort herausfinden, wie denn die Erwerbsansprüche in 2020 bis 2022, also für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1957, im Vergleich zu den Rentenansprüchen der Geburtsjahrgänge 1939 bis 1941 sind. Das muss man oder kann man differenzieren nach Geschlecht, nach Qualifikationsniveau und darüber hinaus auch nach Familienstand. Nun zu den Ergebnissen. Da habe ich hier zunächst einmal die Ergebnisse für die Männer. Was jetzt kommt, ist immer gleich aufgebaut, die Schaubilder, oben für Ostdeutschland, unten für Westdeutschland. Rot sind die Neurentner der Jahre 2007, grün sind die Neurentner der Jahre 2020 bis 2022. Sie sehen, in Ostdeutschland - wie zu erwarten

war - verschiebt sich diese Kurve der individuellen Rentenansprüche, das sind immer Häufigkeiten, nach links. Alles, was unterhalb dieses gepunkteten Striches dort liegt, sind diejenigen, die potenziell von Altersarmut bei den Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung betroffen sind. Die Betroffenheitsquote, also das Armutsrisiko, erhöht sich bei den Männern in Ostdeutschland von quasi 0 Prozent heute auf 18,3 Prozent in 2022. In Westdeutschland ist es noch viel stärker. Von jetzt 16 Prozent erhöht es sich auf 32 Prozent. Es hängt, wie schon angedeutet, stark von der Qualifikation ab. Gut qualifizierte Leute haben höhere Einkommen, sind weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Dementsprechend ist dort auch die Betroffenheit von Altersarmut in Ostdeutschland. In 2022 liegt sie bei etwa 10 Prozent, hingegen bei den Niedrigqualifizierten würde sie nach diesen Rechnungen bei 53 Prozent liegen, also wirklich gewaltig. Jetzt kommen erst einmal die Frauen. Da sieht es noch viel schlimmer aus, wie man hier sieht. Frauen haben typischerweise eine höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in ihren Erwerbsbiografien. Sie haben geringere Einkommen und dementsprechend geringere Ansprüche an die Rentensysteme. In Zukunft wird das Armutsrisiko von heute 27 Prozent auf 35 Prozent in Ostdeutschland steigen, in Westdeutschland geht das Risiko von 70 Prozent leicht zurück auf 63 Prozent. Da geht es leicht zurück, weil sich eben die Erwerbsbiografien zunehmend dahingehend entwickelt haben, dass dort auch Leute stärker im Arbeitsmarkt integriert sind. Auch hier gibt es wieder Unterschiede nach Qualifikationen, die man jetzt nicht groß thematisieren muss. Das Wichtigere ist jetzt aber, dass die Betroffenheit von Altersarmut sehr stark vom Familienstand abhängt, weil Männer und Frauen, die verheiratet sind, möglicherweise zwei Rentenansprüche haben und die Bedarfe nicht um das Doppelte steigen. Wenn man in einem Paarhaushalt zusammen lebt, gibt es bestimmte Einsparmöglichkeiten. Sie brauchen nur eine Wohnung und Ähnliches. Und dementsprechend wäre Altersarmut dann nicht diejenige mit einer Entgeltanzahl unter 25 Punkten, sondern unter 37,5 Entgeltpunkten pro Haushalt. Wenn man das unterstellt, muss man also ausrechnen, wie denn die Armutsverteilung nach dem Familienstand aussieht. Die Folie für Ehepaare: Sie sehen, das Armutsrisiko ist faktisch auch 2022 äußerst gering. Das steigt in Ostdeutschland von jetzt 0 Prozent auf 2,2 Prozent. In Westdeutschland ist es deutlich stärker. In diese Gruppe gehören immerhin 73 Prozent der Männer, heute jedenfalls, in Mecklenburg-Vorpommern, 46 Prozent der Frauen. Das heißt, für diese Gruppe spielt Altersarmut keine wirklich bedeutsame

Rolle, auch in 2020/2022 nicht. Es gibt gewisse Unterschiede, natürlich auch wieder nach Qualifikationsniveau. Wenn das zwei gering qualifizierte Ehepartner sind, haben die schon ein Problem, aber im Aggregat ist Altersarmut bei den Ehepaaren auch 2022 nicht das gravierende Problem. Wenn man sich die Alleinstehenden anschaut, muss man unterscheiden: Auf der einen Seite haben wir die Witwen, bei denen gibt es überhaupt kein Problem, da sie typischerweise in der gesetzlichen Rentenversicherung eigene Ansprüche und die abgeleiteten Ansprüche ihrer verstorbenen Ehepartner haben. Dort haben wir auch in 2022 keine Altersarmut zu erwarten, bei den Witwen. Bei den Ledigen ist es anders. Da geht es deutlich hoch, von heute 0 Prozent auf 18 Prozent in 2022 bei den Männern, bei den ledigen Frauen sogar von 27 Prozent auf 35 Prozent. Da haben wir also wirklich einen massiven Anstieg. Allerdings, das sind nur 5 Prozent der Männer und nur knapp 6 Prozent der Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, die, heute jedenfalls, ledig sind. Das wird sich ja wahrscheinlich bis 2020 auch nicht großartig ändern. Also es ist eine eher kleine Gruppe, für die das eine Rolle spielt. Wir haben dann ausgerechnet, wie es dann über alle Männer und über alle Frauen in Abhängigkeit von ihrem Familienstand aussieht. Das wären ganz unten die Zahlen. Also bei den Männern 4 Prozent Betroffenheit mit Altersarmut in 2022, bei den Frauen ungefähr 6,5 Prozent, während es in Westdeutschland deutlich mehr sein werden nach diesen Zahlen. Wie gesagt, es sind nur die Ansprüche aus der GRV. Private Ansprüche, die in Westdeutschland das Bild ändern können, haben wir hier nicht weiter berücksichtigt. Ich glaube aber, Herr Dr. Grabka wird das gleich noch einbeziehen. Fazit ist: Altersarmut ist bis 2022 eher ein westdeutsches als ein ostdeutsches Problem, was dem allgemeinem Vorurteil offensichtlich widerspricht. Im Rentenbestand ist das Problem noch weniger stark ausgeprägt als bei den Neurentnern, weil im Rentenbestand die Altrentner, die Bestandsrentner, die bereits heute in Rente sind und in 2022 noch leben werden, noch ein vergleichsweise hohes Gewicht haben werden. Es gibt Schätzungen des AVID, dass in Ostdeutschland insgesamt 12 Prozent solch niedrige Ansprüche aus der GRV haben, dass sie unterhalb der Grenze von 25 Entgeltpunkten liegen werden und deswegen von Altersarmut gefährdet sein könnten. Allerdings wird da nicht nach Familienstand unterschieden, sodass ich nichts dazu sagen kann, wie sich das im Bestand dann auch tatsächlich auswirkt. Es gibt sicherlich einzelne Problemgruppen: Vor allem die Ledigen, vor allem diejenigen mit geringerer Qualifikation beziehungsweise

Haushalte mit zwei gering qualifizierten Ehepartnern. Aber im Großen und Ganzen muss man sagen, dass bis 2022 dieses Problem nicht so akut ist, wie es häufig in der Öffentlichkeit thematisiert wird. Dass sich das danach tendenziell weiter verschärft, ist unbestritten. Da wird es weiter zunehmen. Aber da haben wir, ehrlich gesagt, keine Zahlen darüber. Es ist auch sehr schwer das abzuschätzen, weil man dann eben eine Projektion der Erwerbsbiografien bis 2030 machen müsste. Das ist sehr waghalsig. Damit bin ich durch und ich freue mich auf weitere Diskussionen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Herr Prof. Dr. Ragnitz, haben Sie herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe eine Verständnisfrage, und zwar: Was ist da einbezogen worden? Sie haben ja anfangs ausgeführt, dass es drei Säulen gibt, die gesetzliche, die private und die betriebliche Altersvorsorge. Sind all diese drei Säulen in die Betrachtung einbezogen worden oder reduziert sich das auf die gesetzliche Rentenversicherung?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Ich habe nur die Zahlung aus der gesetzlichen Rentenversicherung hier drin. Derzeit ist es so, dass 99 Prozent der ostdeutschen Rentner nahezu ausschließlich durch die gesetzliche Rentenversicherung Unterstützungsleistungen erhalten. Alle anderen Einkommensarten sind hier nicht mit drin, weil die derzeitig, zumindest in Ostdeutschland, nicht die ganz große Rolle spielen und voraussichtlich auch in zehn Jahren nicht das ganze Bild total ändern werden.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen herzlichen Dank. Ich habe jetzt hier noch zwei Verständnisfragen. Zuerst Frau Tegtmeier und dann Herr Blank.

Abg. **Martina Tegtmeier**: Vielen Dank. In der Tat eine Verständnisfrage: Sie haben ja so einen unglaublichen geringen Anteil an Ledigen. Wie haben Sie die Lebensgemeinschaften, die wir ja zuhauf haben, ob eingetragen oder nicht, darin einbezogen, als Ledige oder als Ehen?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Das sind Ledige. Sie werden ja nicht als Ehepartner geführt. Also, deswegen sind sie in der Gruppe drin.

Roland Blank (Geschäftsführer des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.): Meine Nachfrage: Sie haben ja mit diesem Strich bei den Rentenpunkten sozusagen eine Deadline gesetzt. Die Nachfrage: Welches Einkommen ungefähr würde es sozusagen darstellen? Also, ab wann gilt die Grundsicherung? Haben Sie auch eine Inflationsrate miteingerechnet für die Zukunft oder wie haben Sie das angesetzt?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Also, hier haben wir einfach nur gesagt, 25 Entgeltpunkte machen bei dem derzeitigen Rentenwert ein Einkommen aus, was so ungefähr der heutigen Grundsicherung im Alter entspricht, also einschließlich Kosten für Unterkunft und Heizung. Also, so gesehen ist das natürlich an der Stelle eine Status-quo-Betrachtung. Es ist erst einmal unproblematisch, wenn der Rentenwert einfach im gleichen Umfang wie die Bruttoeinkommen weiter ansteigt. Also, Sie kennen ja die Rentenformel: Wo eine Abhängigkeit da ist, ist es völlig egal, wie der Rentenwert tendenziell steigt. Die relativen Altersarmutsquoten bleiben dann auch immer noch die gleichen. Man muss jetzt aber sehen, wie aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors der Rentenwert sich entwickelt. Der wird gedämpft, wird nicht so stark steigen wie die Ansprüche, wie die Bruttolöhne und Gehälter, sodass diese 25 Entgeltpunkte nicht unbedingt den tatsächlichen Wert der Altersarmut ausmachen. Ich habe diese Frage erwartet. Deswegen habe ich hier nochmals eine Anhangfolie vorbereitet, wie die Betroffenheit bei unterschiedlichen Entgeltpunkten aussieht. Da wird jetzt nicht genau unterschieden, wie stark der Rentenwert gedämpft wird, sondern es wird einfach nur geguckt, wenn wir eine andere Quote haben. Die 25 Entgeltpunkte, das wären die ganz links, und wenn man von dort nach rechts geht, Sie sehen, die Werte steigen ein wenig, aber nicht wirklich dramatisch.

Vors. **Jörg Heydorn:** Herr Deiters, Sie hatten auch noch eine Verständnisfrage?

Thomas Deiters (Stellvertretender Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V.): Ja, wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie diese Einkunftsart aus Vermögen zum Beispiel jetzt nicht mit einberechnet, weil es in Ostdeutschland kaum eine Rolle spielt. Haben Sie denn für uns einen Wert für Westdeutschland? Liegen da Werte vor? Weil, wenn man ja jetzt den Vergleich zieht und eine Einkunftsart außen vorlässt, müsste man ja - wenn man das komplette Bild

haben will - diese Einkunftsart auch mit einbeziehen, wenn man einen Ost-West-Vergleich macht.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Also, ich hatte ja ganz am Anfang die Zahlen über das derzeitige Rentenniveau, wo das mit einbezogen war. Sie sehen: In Westdeutschland bei Männern einschließlich aller anderen Einkünfte liegt es bei 1.700 Euro, nur aus der GRV bei 1.200 Euro. Da sieht man ungefähr die Relation. Also, wir haben das jetzt nicht gerechnet für unsere Simulationsrechnung, allerdings auch mit dem Hintergedanken, gerade die stark betroffene Gruppe, diejenigen, die lange Zeit arbeitslos gewesen sind, die geringe Einkommen aus ihrer Erwerbsbiografie gehabt haben, dementsprechend auch nur geringe Entgeltpunkte aufweisen, die haben so oder so kaum die Möglichkeit in ihrer Erwerbsbiografie gehabt, nennenswertes Vermögen zu bilden. Also, da wird sich also nicht wirklich großartig etwas ändern an diesen Zahlen, weil sonstige Rentenansprüche faktisch dort weiterhin nahe null sein werden.

Vors. **Jörg Heydorn:** Frau Friemann-Jennert.

Abg. **Maika Friemann-Jennert:** Ja, ich hätte gern noch einmal etwas generell zu Ihren Untersuchungen gewusst. Sie sprachen ja darüber, dass Ost und West untersucht worden sind. Und der Anteil von Mecklenburg-Vorpommern, ist der gleichermaßen mit allen Ländern dort betrachtet worden oder ist er weniger? Also, mir geht es nochmals darum, dass wir doch ein bisschen genauer wissen, wie gut wir diese Ergebnisse für unser Land anwenden können.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Also, die Datenlage, meine Daten, also vom IAB primär hier, die geben es nicht her, es stärker nach Ländern zu disaggregieren. Es geht einfach nicht. Jetzt können Sie natürlich so überschlägig mal abschätzen. Also, ich meine, die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern ist ungefähr die gleiche wie in allen anderen ostdeutschen Ländern auch. Die lag dann mal auf dem Höhepunkt bei ungefähr 20 Prozent. Da wechselte sich das ab zwischen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wer da hinten lag. Also, es war überall irgendwo in der Größenordnung zwischen 18 bis 22 Prozent. Das heißt, die individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, die eben zu diesen diskontinuierlichen Erwerbsbiografien

beigetragen hat, die dürfte in allen ostdeutschen Ländern in etwa die gleiche sein. Die Löhne liegen in Ostdeutschland leicht geringer als im gesamtdeutschen Rahmen, in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht geringer als im ostdeutschen Durchschnitt. Das drückt das auch nochmals. Aber es ist nicht zu erwarten, dass die Zahlen jetzt so gravierend anders werden, dass diese Daten für die fünf neuen Länder insgesamt jetzt nicht auch repräsentativ für Mecklenburg-Vorpommern wären.

Vors. **Jörg Heydorn**: Jetzt kriegen wir hier folgendes Problem: Ich glaube nicht, dass es sich hier jetzt noch um Verständnisfragen handelt. Das sind ja Dinge, die auch in der Diskussion geklärt werden können. Ich will nochmals in die Runde gucken. Also, wenn einer wirklich hier eine Verständnisfrage hat? Frau Paetow.

Brigitte Paetow (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V.): Wenn ich Sie richtig verstehe, haben Sie bei dem Armutsbegriff immer den Begriff der absoluten Armut verwendet, denn die Grundsicherung ist ja ein Indiz für die absolute Armut. Bei den Armuts- und Reichtumsberichten, die eben auf der Bundesebene erstellt werden, beziehungsweise auch im Vergleich mit EU-Ländern, wird immer der Begriff der relativen Armut verwendet. Aus welchem Grunde ist der Begriff der absoluten Armut jetzt nur noch in der Diskussion?

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Wir haben in Deutschland zumindest einen gesetzgeberischen Grundkonsens, dass alles, was unterhalb der Grundsicherung im Alter ist, dann irgendwo als tatsächlich arm gelten kann. Und alles, was dadurch nicht abgedeckt ist, möglicherweise armutsgefährdet ist, aber nicht als arm gilt. Ich habe mich einfach an diesen gesetzlichen Begriff gehalten. Jetzt kann man darüber streiten, ob das angemessen ist oder nicht. Aber das ist eine Diskussion, die ich ehrlich gesagt hier nicht aufmachen wollte, sondern einfach sagen würde, das ist hier gesetzgeberisch oder politisch entschieden worden. Das soziale Existenzminimum unterhalb dessen man irgendwie einfach nur arm und unterstützungsbedürftig ist, liegt bei dieser Grenze. Und deswegen habe ich diesen Wert einfach auch nur übernommen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Danke schön. Dann würde ich jetzt Herrn Dr. Grabka bitten, seine Ausführungen zu machen. Herr Dr. Grabka kommt vom Deutschen Institut für

Wirtschaftsforschung e. V., arbeitet kontinuierlich am Sozio-ökonomischen Panel und hat im Jahr 2011 verantwortlich an der Studie mitgewirkt, die ja auch große Beachtung gefunden hat. Das Thema „Altersarmut in Deutschland“ hat sie behandelt. Und Herr Dr. Grabka wird uns etwas sagen, wie die Einkommensentwicklung denn jetzt im Bereich der Älteren sein wird. Und vor allen Dingen auch, wie sich Armutsrisiken gestalten. Herr Dr. Grabka, bitte schön.

Dr. Markus M. Grabka (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. – DIW Berlin): Meine Damen und Herren, herzlichen Dank auch an Sie für die Einladung und die Gelegenheit, Ihnen hier unsere Ergebnisse präsentieren zu können. Das freut mich sehr, dass es hier möglich ist. Vielleicht ganz vorab noch einmal, um klarzumachen, worüber wir eigentlich reden, und da war gerade der Einwand hier nochmals ganz besonders wichtig, was ist Altersarmut? Und das Problem ist, wenn wir den Armuts- und Reichtumsbericht ansehen, kenne ich nur zwei Definitionen, nämlich das relative Einkommensarmutskonzept und in der Tat diejenigen, die unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen oder genau die Grundsicherung halten. Herr Prof. Dr. Ragnitz hat eine ganz andere Definition von Armut eingeführt, die ich bislang auch überhaupt nicht kannte, nämlich einen Entgeltpunktwert von 25, also einen Grenzwert von 25 Punkten. Wenn man den jetzt auch nochmals mit dem aktuellen Rentenwert Ost multipliziert, von 24,90 Euro, kommen bei mir da rund 625 Euro heraus. Das ist nicht Grundsicherung im Alter, die mir bekannt ist. Ich kenne jetzt nur den gesamtdeutschen Wert. Der liegt etwa bei 700, 740, 760 Euro. Also, das heißt, Herr Prof. Dr. Ragnitz hat hier bewusst oder unbewusst, ich weiß es nicht, das Ausmaß von Armut, wie ich es jedenfalls sehen würde, durch diese Art von Definition unterschätzt. Also, wenn ich über Armut rede, spreche ich in der Tat auch über die zwei bekannten Armutskonzepte: Mindestsicherung und relative Einkommensarmut. Fragen wir uns erst einmal: Sind wir denn überhaupt auf einem Weg zur neuen Altersarmut oder haben wir nicht schon längst Altersarmut in Deutschland? Und da ist es in der Tat, glaube ich, ganz besonders wichtig, vielleicht erst mal genau das Leistungsvolumen anzusprechen. Das hat Herr Prof. Dr. Ragnitz ja auch gemacht. Und das sind relativ aktuelle Zahlen aus dem Alterssicherungsbericht und gibt Ihnen das Leistungsvolumen der verschiedenen Alterssicherungssysteme an. Und für Ostdeutschland hervorgehoben, die gesetzliche Rentenversicherung, das ist in der Tat der zentrale Pfeiler mit 98 beziehungsweise

96 Prozent für die Männer in Ostdeutschland, die mit Abstand sozusagen wirklich wichtigste entsprechende Finanzierungsquelle. Und das, was mir vielleicht auch besonders wichtig ist, ist die weitere Zeile da unten, wo der zweite rote Kreis erscheint. Es ist so, dass um die 90 Prozent der älteren Menschen in Ostdeutschland ausschließlich auf eine gesetzliche Rentenversicherung angewiesen sind. Das wird sich auch auf absehbare Zeit nicht so fundamental ändern. Also, das heißt, wenn wir auf die gesetzliche Rentenversicherung fokussieren, haben wir schon einen Großteil der entsprechenden Entwicklungen im Blick. Schauen wir uns die Vergangenheit an. Die Rentenzahlbeträge der gesetzlichen Rentenversicherung von 1995 bis 2011, grün hervorgehoben Ostdeutschland, rot Westdeutschland. Und das sind die sogenannten Bestandsrentner, also Personen, die schon eine gewisse Zeit lang in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und Ansprüche beziehen, weil sie schon über die Regelaltersgrenze zum Beispiel gekommen sind. Und Sie sehen, dass die entsprechenden Werte seit 2002 ungefähr auf dem gleichen Niveau verharren, so rund um die 1.000 Euro in Ostdeutschland und in Westdeutschland um die 950 Euro. Das sind nominale Beträge. Wenn Sie sich die Inflationsentwicklung vor Augen führen, heißt das: In den letzten zehn Jahren haben Rentner in Deutschland einen Einkommensverlust von 15 Prozent erlitten, weil die Rentensteigerung ausgesprochen schwach war und im Grunde genommen kein einziges Mal in den letzten zehn Jahren überhaupt die Inflation ausgeglichen hat. Interessant wird die Geschichte aber dadurch, wenn wir uns ansehen, was Bestandsrentner im Vergleich zu Neurentnern sind. Neurentner sind Personen, die erstmals in dem entsprechenden Jahr Altersrenten überhaupt bezogen haben. Und Sie sehen hier, ich habe es auch einmal in dem Kästchen hervorgehoben, die Differenz war 1995 in Westdeutschland 65 Euro, in Ostdeutschland 40 Euro. Also da haben sich die Bestandsrentner und diejenigen, die erstmals in die Altersrente eingetreten sind, kaum unterschieden. Bei den Zahlen von 2011 heißt das einen Unterschied in Ostdeutschland von 230 Euro. Und die Tendenz, sehen Sie ja auch, ist relativ klar. Die Rentenzahlbeträge von Neurentnern gehen nahezu kontinuierlich zurück. Und ich sehe zumindest, wenn ich in die ganz nahe Zukunft blicke, überhaupt keinen Anlass, warum sich das jetzt fundamental verändern sollte, sondern, ich glaube, der Trend ist weiterhin ungebrochen, Rückgang von Zahlbeträgen. Und das heißt, im Durchschnitt haben gerade einmal Männer in Ostdeutschland jetzt Werte von etwa 800 Euro. Das ist ganz knapp nur noch oberhalb der Grundsicherung. Das

ist jetzt eine individuelle Betrachtung. Die Frauen habe ich jetzt auch rausgelassen, weil wir nicht so viel Zeit haben. Da ist die Entwicklung nicht so dramatisch, das habe ich hier auch extra hervorgehoben. Aber die Rentenzahlbeträge von Frauen sind ja nun auch alles andere als üppig und gerade in Ostdeutschland mit einem Wert von 600 Euro nicht großartig hoch. Schauen wir uns die relative Einkommensarmut im Vergleich mal im Jahr 2000 und im Jahr 2010 an. Und hier sozusagen folgend der Definition des Armuts- und Reichtumsberichtes. Die relative Einkommensarmut wäre weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens oder des bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommens, auch einmal fokussiert auf die ältere Bevölkerung ab 55 Jahren in Westdeutschland und Ostdeutschland. Hier sind Zahlen unseres Hauses vom Sozio-ökonomischen Panel. Und zumindest ist das bekannte Bild im Jahr 2000 gewesen, dass das Armutsrisiko in Westdeutschland bei den Älteren eher geringer war, weil die Rentenzahlbeträge höher ausfielen. Lange Erwerbsbiografien lagen vor. Also, das war relativ gut gewesen zu dem damaligen Zeitpunkt, aber bis 2010 hat sich das jedoch deutlich verändert, auch vor dem Hintergrund der sinkenden Zahlbeträge, gerade bei den Neurentnern. Also, jetzt ist es tatsächlich so, dass gerade bei denjenigen, die 55 bis 65 Jahre sind, also knapp vor Eintritt in die Rente stehen, und gerade auch bei den Hochaltrigen über 75 Jahre wir jetzt deutlich höhere Armutsrisiken haben als in Westdeutschland. Also, ich würde das derzeit so interpretieren, diese Zahlen: Altersarmut ist längst angekommen in Ostdeutschland, weil wir Werte von 16 bis teilweise 18 Prozent in Ostdeutschland haben. Und ich habe das jetzt natürlich nicht differenzieren können für Mecklenburg-Vorpommern, aber ich sehe da auch keine grundsätzlichen Indikatoren, warum das sozusagen jetzt hier vor Ort deutlich anders sein sollte. Was mich in diesem Zusammenhang selbst sehr gewundert hat, dass die Quote der Grundsicherungsempfänger in Mecklenburg-Vorpommern mit unter 2 Prozent so gering ist. Und das ist auch zu erklären. Ich denke, das ist auch ein wichtiger Aspekt, nämlich der verdeckten Armut. Diese Thematik ist im Armuts- und Reichtumsbericht zum Beispiel auch überhaupt nicht angesprochen. Am Montag tagte der Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales, der genau dieses auch behandelt hat, dass eben gerade die verdeckte Armut gar nicht thematisiert wurde. Wir haben aber Studien in Deutschland, die klar darauf hinweisen, dass gerade bei Älteren die verdeckte Armut ein relevanter Aspekt ist. Hier gehen Schätzungen von 40 bis 60 Prozent Nichtinanspruchnahmequote aus. Also, hier kann man zumindest ein

Stück weit diese starke Diskrepanz zwischen Grundsicherungsempfängern und Armutsrisikoquote, die ja wirklich erheblich höher ist, ganz minimal auch damit erklären. Kommen wir zu einer Projektion. Wir haben es im Haus im letzten Jahr publiziert – in Form eines DIW-Wochenberichtes. Es war ein längeres Forschungsprojekt, was wir mit der Deutschen Rentenversicherung und dem Deutschen Zentrum für Altersfragen zusammen durchgeführt haben. Und hier haben wir eben eine Projektion der Erwerbsbiografien von verschiedenen Kohorten vorgenommen, zum Beispiel eben die Kriegskohorte, also diejenigen, die 1936 bis 1945 geboren sind, die Nachkriegskohorte der zwischen 1946 bis 1955 Geborenen und die sogenannte Babyboomerkohorte der Jahrgänge 1956 bis 1965. Die sind gerade deswegen interessant, weil es diejenigen sind, die sozusagen in den kommenden zehn Jahren sukzessive in die Rente eintreten werden. Und die Kriegskohorte und Nachkriegskohorte sind in der Hinsicht vorteilhafte Vergleichsgruppen, weil das sind diejenigen, die sozusagen in den letzten Jahren schon in Rente eingetreten sind, wo wir auch die gesamten Erwerbsbiografien beobachten und die gesamten Einkommensverläufe beobachten konnten. Wir haben eine Projektion vorgenommen, wie sich die Erwerbsverläufe dieser verschiedenen Kohorten, vor allem gerade der Babyboomerkohorte, bis zum Renteneintritt im Jahre 2032 gestalten werden. Und da kommen wir zu den zentralen Ergebnissen. Ich habe es Ihnen ja quasi schon mit den roten Pfeilen hervorgehoben. Der Typus des Vollzeitarbeitnehmers verliert sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen in Ostdeutschland markant. Parallel dazu hat der sogenannte, wir haben ihn einfach den diskontinuierlichen Typ genannt, nämlich derjenige, der durch Phasen von Arbeitslosigkeit, von geringfügiger Beschäftigung, von Teilzeitbeschäftigung, auch von Phasen sonstiger Nichterwerbstätigkeit betroffen ist, der wird mutmaßlich, gerade bei den Babyboomern, sehr deutlich an Bedeutung gewinnen. Das hat natürlich entsprechend auch Konsequenzen für die Alterssicherung. Für mich war auch an der Stelle sehr überraschend gewesen, dass man einerseits sagt, die Erwerbsquoten von Frauen gehen im Grunde genommen überall in Deutschland hoch, andererseits aber, ob sich das letztendlich auch in steigenden Rentenanwartschaften niederschlägt? Und der überraschende Befund für mich war gewesen, dass wir, wie die Zahlen jetzt darauf hindeuten, keine Zunahme der Vollzeiterwerbstätigkeit sehen, sondern eher eine Abnahme. Dass das dann eher mit Teilzeitbeschäftigung/geringfügiger Beschäftigung passiert, in Ostdeutschland eher

Teilzeitbeschäftigung/geringfügige Beschäftigung, ist hier nicht so relevant. Das hat aber natürlich Konsequenzen auf die entsprechenden Anwartschaften in der Alterssicherung. Und für die ostdeutschen Frauen ist das Bild vergleichsweise akzeptabel, also da sozusagen hier auch wieder entsprechende Vorausschätzungen der Entgeltpunkte der gesetzlichen Rentenversicherung für die verschiedenen Kohorten. Aber das, was, glaube ich, der zentrale Befund war, dass die Entgeltpunkte bei den Männern, im Median wohlgernekt, also wenn ich die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teile und die untere und die obere Hälfte habe, der Wert in der Mitte, der ist der Median, da werden voraussichtlich die Entgeltpunkte von 42 oder knapp 43 bei der Babyboomerkohorte auf 33 zurückgehen. Es geht vielleicht, sogar wahrscheinlich in eine ähnliche Richtung wie es Herr Prof. Dr. Ragnitz beschrieben hat. Was aber ganz wichtig ist bei der Sache, das habe ich hier unten auch noch mal hervorgehoben, wir haben noch gar nicht das schon beschlossene sinkende Rentenniveau berücksichtigt. Wir wissen, dass bis zum Jahre 2030 das Rentenniveau, zumindest geplant, auf 43 Prozent absinken soll. Das heißt, noch mal 18 Prozent müssen wir runterrechnen. Also 32 Entgeltpunkte oder 33 Entgeltpunkte heißt ja nicht, dass ich genau den gleichen Rentenwert bekommen werde, eben die 24,90 Euro, wie derzeit in Ostdeutschland, sondern es ist ja abzusehen, dass eben dieser Rentenwert absinken wird. Ich habe mit Absicht keine Zahl mitgebracht, wie viel denn das Armutsrisiko denn sein wird. Ich denke, das ist dann doch letztendlich ganz stark abhängig von den Annahmen, die ich dann in dieses Modell setze, wie sich der Median der Gesamtbevölkerung entwickelt, gesamtwirtschaftliche Annahmen, wie die Arbeitslosigkeit, das mache ich nicht. Ich finde, da gibt es viel zu viele Unsicherheiten. Aber man kann beschreiben, wie die Herausforderungen, zumindest derzeit, in Mecklenburg-Vorpommern sind. Schauen wir uns zuerst einmal den Niedriglohnsektor an. Das sind die Vollzeitbeschäftigten, ohne die Auszubildenden, im Niedriglohnsektor. Und hier eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle. Die Zahlen sprechen für sich. Mecklenburg-Vorpommern ist leider hier Spitzenreiter mit fast 45 Prozent bei den Vollzeitbeschäftigten. Das Einkommensniveau in Mecklenburg-Vorpommern, zumindest so wie ich es gestern noch gelesen habe, liegt, gemessen am Bundesdurchschnitt, bei 78 Prozent. Das erklärt sich hauptsächlich dadurch natürlich, dass wir hier so einen starken Niedriglohnsektor in Mecklenburg-Vorpommern haben. Schaut man sich nicht nur die Vollzeitbeschäftigten, sondern die

Gesamtbeschäftigten noch mal nachträglich an, die Anzahl der Beschäftigten mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro an allen Beschäftigten, ist Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls mit 23 Prozent Spitzenreiter. Das ist aber keine Angelegenheit von nur kurzfristiger Natur, sondern Analysen auch unseres Hauses zeigen relativ deutlich, dass der Niedriglohnsektor häufig mit einem langfristigen Status verbunden ist, der durchaus fünf oder auch mehr Jahre anhalten kann. In dieser Zeit wird aber relativ wenig an Anwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung akkumuliert. Vielleicht ein weiterer Indikator, der sozusagen einen Ausblick geben wird, wie die Entwicklung gerade in Mecklenburg-Vorpommern sein wird, ist die Quote der reinen Wohngeldempfänger. Und da ist leider auch Mecklenburg-Vorpommern Spitzenreiter, nämlich mit 4,6 Prozent im Jahre 2010. Die Wohngeldempfängerquote sagt aber noch nicht ganz so viel aus, weil das auch Personen sein können, die über Vermögen verfügen. Also die Vermögensfreigrenzen sind doch erheblich bei der Wohngeldberechnung. Die gehen bei dem Familienhaushalt durchaus in dem Bereich von über 150.000 Euro. Also, das reicht uns auch noch nicht aus, um hier vielleicht das besser zu verstehen. Die Empfängerquoten der sozialen Mindestsicherungsleistungen, das sind ja auch aktuelle Zahlen vom Statistischen Bundesamt, einmal für 2006 und 2011, die Quote werden Sie kennen: 13,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Nachrichtlich, wenn man nur die erwerbsfähigen Leistungsbezieher heranzieht im Alter von 15 bis 65 Jahren, liegt die auch bei 15 Prozent. Das ist ja leider auch ein Status, der nicht nur kurzfristiger Natur ist, sondern die Langzeitarbeitslosen sind leider nicht in dem Maße, wie wir uns das wünschen, in den letzten Jahren seit 2005 zurückgegangen. Also das heißt, hier werden längerfristig eben nur sehr geringe Anwartschaften beziehungsweise gar keine Anwartschaften mehr in der gesetzlichen Rentenversicherung akkumuliert. Damals waren es ja noch 2,18 Euro, jetzt sind es gar keine, kein Cent mehr. Schauen wir uns vielleicht noch einmal die Armutsrisikoquote, auch basierend auf dem Mikrozensus der amtlichen Sozialberichterstattung, für die verschiedenen Raumordnungsregionen in Mecklenburg-Vorpommern an. Da muss man dann, wenn man das eben nach Regionen auch noch mal differenziert, schlicht und einfach feststellen, dass Mecklenburg-Vorpommern mit 22,2 Prozent im bundesdeutschen Vergleich den zweithöchsten Wert nach Bremen mit 22,3 Prozent hat. Also dass Stadtstaaten sowieso höhere Werte haben, das wissen wir seit Jahrzehnten, aber dass selbst ein

Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern quasi so eine hohe Quote hat wie Bremen, das ist dann schon sehr beunruhigend. Was heißt das letztendlich? Wir haben den ausgesprochen starken Niedriglohnsektor, wir haben derzeit einen relativ hohen Anteil von Mindestsicherungsbeziehern, die alle keine nennenswerten oder sehr geringen Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben. Das ist aber die zentrale Quelle für die Alterseinkommen, gerade in Ostdeutschland. Also hier ist im Grunde genommen Altersarmut vorprogrammiert. Ich kann Ihnen keinen Betrag, keinen Quotienten oder eine Quote nennen. Es ist aber relativ klar, sie wird deutlich steigen. Mecklenburg-Vorpommern wird mit Sicherheit davon auch klar betroffen sein. Also, das heißt, aktuell kann man sagen, für Deutschland insgesamt ist es zwar so, dass die Situation aller älteren Menschen vergleichsweise noch gut ist. Das hat ja auch die Studie von Frau Prof. Dr. Tivig entsprechend aufgezeigt. Gemessen an dem verfügbaren Einkommen, gemessen an dem Nettovermögen, am Armutsrisiko kann man sich darüber streiten, aber zumindest gerade an dem Anteil der Grundsicherungsempfänger und auch vor dem internationalen Vergleich steht Deutschland vergleichsweise gut da. Aber bei Alleinstehenden, jetzt schon, bei Erwerbsminderungsrentnern, bei Frauen und auch gerade bei den Neurentnern, da steigt das Altersarmutsrisiko ganz klar an. Was kann man als Ausblick sagen? Ich bin überzeugt davon, dass wir eine Zunahme von Altersarmut in Deutschland sehen und eigentlich schon jetzt in den letzten drei, vier Jahren haben. Die Armutsquoten sind schon angestiegen. Wir sehen kein sinkendes Armutsrisiko bei Frauen trotz steigender Erwerbsquote, weil mehr Teilzeit gearbeitet wird. Und die zentralen Ursachen sind letztendlich natürlich das sinkende Rentenniveau, was beschlossen ist, auf 43 Prozent. Wir wissen, dass wir in Ostdeutschland deutlich massiv perforierte Erwerbsverläufe mit langen Phasen von Arbeitslosigkeit haben, die sich entsprechend auf die Anwartschaften in der Rentenversicherung auswirken. Wir sehen auch eine stark sinkende Bedeutung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten vor allen Dingen. Und das ist ja sozusagen der zentrale Anker in der gesetzlichen Rentenversicherung, dass wir uns am Standardrentner, der eben 45 Jahre Vollzeit arbeitet, orientieren. Und das ist eben nicht mehr der Standard für die Mehrheit der Bevölkerung. Es ist der Ausbau des Niedriglohnsektors, es sind natürlich auch die Anrechnungszeiten der Arbeitslosigkeit, die eben jetzt nach den neuesten Regelungen ja gar nicht mehr angerechnet werden. Und es ist letztendlich natürlich auch die selektive

Inanspruchnahme privater Altersvorsorge. Auch Analysen unseres Hauses zeigen, dass die Riester-Rente gerade von denjenigen nicht in Anspruch oder unterdurchschnittlich in Anspruch genommen wird, die es eigentlich am Nötigsten hätten. Also hier kann man auch keine große ausgleichende Wirkung durch die private Altersvorsorge erwarten. Natürlich auch nicht durch die Betriebsrenten, weil, das werden sicherlich die Kollegen Ihnen auch noch aufzeigen, die Betriebsrenten erst ganz langsam sukzessive in Ostdeutschland an Bedeutung gewinnen werden, aber auch die Beträge sind jetzt nicht sonderlich hoch. – Vielen Dank.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen Dank, Herr Dr. Grabka. Ich sehe jetzt keine Hand oben, deswegen würde ich Herrn Dr. Kortmann bitten, seine Ausführungen zu machen. Herr Dr. Kortmann kommt von TNS Infratest Sozialforschung aus München. Er arbeitet unter anderem im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an einer kontinuierlichen bundesweiten Datenerhebung zur Alterssicherung in Deutschland. Das sind diese ASID-Untersuchungen. Und Herr Dr. Kortmann wird versuchen, uns aufzuzeigen, wie es denn mit der Einkommensentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern so aussieht. Herr Dr. Kortmann, bitte schön!

Dr. Klaus Kortmann (TNS Infratest Sozialforschung, Bereich Sozialpolitische Forschung): Auch von meiner Seite aus vielen Dank für die Einladung. Ich bin offen gestanden zum allerersten Mal seit gestern Abend in Schwerin.

(Jörg Heydorn: Aber schön hier, ne?)

Ich finde die Stadt ganz toll. Habe jetzt noch ein Wochenende Zeit, mir das ein bisschen anzugucken. Also, auch deswegen war die Einladung auch für mich privat eine tolle Sache. Was ich Ihnen präsentiere, ist eine Untersuchung zur Einkommenssituation im Alter in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den neuen und alten Bundesländern. Die Datenquelle, auf die ich mich stützen werde, ist die Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“. Das ist die ASID 2011, auf die sich auch Herr Prof. Dr. Ragnitz schon bezogen hat. Das ist eine repräsentative Befragung zur Einkommens- und Lebenssituation der Bevölkerung ab 55 Jahren auf der Ebene von Personen und Ehepaaren, die wir im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales durchführen. Dies ist eine wichtige Grundlage der

Alterssicherungsberichte der Bundesregierung seit 1995. Das heißt, auch die Zahlen, die eben Herr Dr. Grabka präsentiert hat aus dem Alterssicherungsbericht, stammen aus der ASID. Die Stichprobe ist relativ groß. In Deutschland umfasst sie 27.600 Personen. Davon entfallen etwa 18.000 auf die alten Länder, knapp 10.000 auf die neuen und immerhin 1.100 auf Mecklenburg-Vorpommern. Und das macht es mir möglich, Ihnen jetzt auch differenzierte Zahlen zur Ist-Situation der Einkommenssituation der Rentner in Mecklenburg-Vorpommern zu präsentieren. Darauf werde ich mich beschränken. Frühere Untersuchungen haben wir bereits gemacht, seit 1986 insgesamt sechs. Das ist jetzt die 7. ASID, die immer nach dem gleichen Muster abläuft. Wenn Sie Näheres sehen wollen, finden Sie das unter www.alterssicherung-in-deutschland.de oder auf unserer Institutshomepage www.tns-infratest.com/sofo. Das steht für Sozialforschung, der ich angehöre. Und dort finden Sie auch Berichte zu weiteren Studien von uns zum Bereich der Alterssicherung und Altersvorsorge. Okay, vorab noch zwei Hinweise: Trotz recht großer Stichprobengröße, auch für Mecklenburg-Vorpommern, gibt es geringere Fallzahlen. Die führen zu größeren Stichprobenfehlern in einzelnen Gruppen im Vergleich zu den neuen und alten Ländern. Damit muss man hier tatsächlich leben. Der zweite Punkt ist der, wenn man den Vergleich berücksichtigt zu den alten und neuen Bundesländern, dass die Höhe der Alterseinkommen positiv korreliert mit der Wirtschaftskraft der Regionen. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies, da es zu den strukturschwächeren Bundesländern zählt, dass insbesondere ein Vergleich mit den alten Ländern in seiner Aussagekraft etwas eingeschränkt ist. Vergleichbar wären eigentlich vergleichende Analysen mit ähnlich strukturschwachen Gebieten im Westen, etwa Teile von Niedersachsen oder in Bayern für die Regierungsbezirke Niederbayern und die Oberpfalz. Diese Unterschiede haben auch einen starken Einfluss auf die Grundsicherungsquote und damit auf die Armutsquote. Darauf werde ich noch ganz kurz eingehen später, denn vor allem in den ländlichen strukturschwachen Gebieten haben wir überdurchschnittlich hohe Anteile von Wohnungseigentümern und unterdurchschnittlichen Mieten. Und das dürfte möglicherweise auch für Mecklenburg-Vorpommern gelten, aber das müsste man dann auch noch näher untersuchen. Ganz kurz: Was will ich Ihnen zeigen? Was habe ich gemacht? Ich werde Ihnen verbal die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen. Dann enthält mein Papier etwa weitere knapp 30 Tabellen, die ich natürlich in der Kürze der Zeit von zehn Minuten nicht durchgehen kann. Diese

Tabellen werden Ihnen dann zur Verfügung gestellt. Sie können dann differenzierter reinschauen. Ich präsentiere Ihnen jetzt im Wesentlichen eine Kurzzusammenfassung. Worauf bezieht sich die? Sie bezieht sich erstens auf die Verbreitung von Alterseinkommen und weiteren Einkommen. Ich beziehe mich hier ausschließlich auf die Bevölkerung ab 65 Jahren. Es geht zweitens um die Höhe der Alterseinkommen und der weiteren Einkommen von Personen in dieser Altersgruppe. Es geht auch um die Frage der Erwerbssituation und der Einkommen der Bevölkerung von 55 bis unter 75 Jahren. Das heißt, da gehe ich nochmal eine Zehnjahresgruppe zurück und frage danach: Wie groß ist der Anteil der noch Erwerbstätigen, auch in der Rentnerpopulation? Und letzten Endes dann kurz eine Replik auf die Wohn- und Einkommenssituation der Personen. Und das jeweils, wie gesagt, immer differenziert nach Mecklenburg-Vorpommern sowie den alten und den neuen Bundesländern. Zum ersten Punkt, Verbreitung von eigenen Alterseinkommen und weiteren Einkommen älterer Menschen. Der erste Punkt ist der, das hat Ihnen bereits, Herr Dr. Grabka war das, glaube ich, gesagt, in Mecklenburg-Vorpommern beziehen wie in den neuen Ländern jeweils insgesamt 99 Prozent der Männer und Frauen ab 65 Jahren eine eigene Rente der GRV. In den alten Ländern – das war die Tabelle von Herrn Dr. Grabka – sind es dagegen nur 89 Prozent bei den Männern und 87 Prozent bei den Frauen. Am weitesten verbreitete weitere Alterseinkommen in Mecklenburg-Vorpommern sind öffentliche Zusatzversorgungsleistungen. Immerhin 16 Prozent der Männer und 18 Prozent der Frauen in der Altersgruppe der 65- bis 75-Jährigen beziehen eine derartige Leistung. In den älteren Altersgruppen kommt diese Leistung allerdings überhaupt nicht vor. Das hängt einfach damit zusammen, dass diese Personen später nach der Wende in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und die Älteren konnten davon nicht mehr profitieren. Betriebliche Altersversorgungsleistungen der Privatwirtschaft beziehen in Mecklenburg-Vorpommern jeweils 4 Prozent der Männer von 65 bis 75 Jahren und im gleich hohen Anteil in den neuen Ländern. In den alten Ländern sind es dagegen aktuell zwischen 29 und 31 Prozent je nach Alterskohorte. Und dann wiederum die Anteile aller übrigen Alterseinkommen einschließlich privater Renten- und weiteren Transferleistungen. Also alles, was es in diesem Bereich gibt: Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung. Im gewissen Fall auch noch bei den jüngeren Kohorten. All diese Leistungen machen in Mecklenburg-Vorpommern und in den neuen Ländern bei Männern und Frauen maximal 2 Prozent aus. Das heißt, nur eine ganz

kleine Gruppe bezieht derartige ergänzende Leistungen. Etwas häufiger ist komischerweise die Beamtenversorgung. Da beziehen immerhin 2 bis 4 Prozent der Männer in Mecklenburg-Vorpommern eine solche Leistung. Dabei dürfte es sich nach meiner Einschätzung aber eher um Beamte handeln, die nach der Wende hier nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen sind und jetzt hier noch bleiben. Es kommen allerdings dann doch auch noch einige weitere Einkünfte hinzu. So beziehen etwa, jetzt auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, in der Gruppe der Personen von 65 bis 75 Jahren immerhin 10 Prozent der Männer und 8 Prozent der Frauen Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Dieser Anteil ist für mich überraschend, ich kann mir das nicht richtig erklären, in dieser Alterskohorte tatsächlich größer als in den weiteren. Möglicherweise sind Leute weggezogen. Ich weiß nicht, was da passiert ist. Auf jeden Fall ist es auffällig, dass tatsächlich in dieser Gruppe der jüngeren Rentnergruppe dieser Anteil relativ hoch liegt. Er ist auch etwas höher als in den alten Ländern insgesamt. Und was ich hier nicht in dieser Grafik aufgeführt habe, ist, dass auch immerhin zwischen 25 und 30 Prozent der jetzigen Rentnergeneration in Mecklenburg-Vorpommern auch über Zinseinkommen verfügt. Das sind zwar unterm Strich relativ kleine Beträge, aber substanziell fließen die auch mit ein. Auch wenn es hier um die Frage geht, wie hoch ist die Armutsrisikoquote, muss man natürlich neben der GRV auch alle übrigen Alterseinkommen mit einbeziehen. Das sind in diesem Fall eben auch Einkommen aus Vermietung und Verpachtung und dann letztlich auch Zinseinkommen. Hinzu kommt die Verbreitung von Hinterbliebeneneinkommen. Da zeigt sich in den neuen Bundesländern und Mecklenburg-Vorpommern doch eine andere Situation als in Westdeutschland. Jeweils 99 Prozent der Witwen und 74 Prozent der Witwer in Mecklenburg-Vorpommern sowie auch in den neuen Bundesländern, da liegen die Anteile exakt gleich hoch, beziehen eine Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung, zusätzlich zu ihrer eigenen Rente gegebenenfalls. Und diese Anteile liegen deutlich höher als in den alten Ländern. Dort sind es bei den Witwen etwa 87 Prozent und bei den Männern nur 35 Prozent. Das heißt, etwa ein Drittel und damit weniger als halb so viel wie hier im Osten. Die Ursache dafür ist, dass gegenüber dem Westen die Frauen zurzeit überdurchschnittlich höhere Renten beziehen im Vergleich zu den Männern und die Männer dagegen niedriger als im Westen. Das führt bei prozentual gleichen Freibeträgen letztlich zu höheren Ansprüchen der Männer. Aber Hinterbliebenenrenten aus anderen

Alterssicherungssystemen sind in Mecklenburg-Vorpommern und auch in den neuen Ländern sehr selten. Maximal 1 Prozent der Witwen beziehen etwa eine Hinterbliebenenrente aus der Beamtenversorgung, aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, aus der betrieblichen Altersversorgung. In den alten Ländern schaut es anders aus. Da beziehen immerhin 16 Prozent der Frauen eine Hinterbliebenenrente der betrieblichen Altersversorgung (bAV) und 10 Prozent ein Witwengeld der Beamtenversorgung und immerhin noch 8 Prozent eine Hinterbliebenenrente der öffentlichen Zusatzversorgung. Das heißt, da kommen zu den eigenen Renten und auch gegebenenfalls abgeleiteten Rentenzahlungen aus den Rentenversicherungen, in dem substanziell doch etwas größeren Anteil auch noch die Hinterbliebenenrenten aus sonstigen Alterssicherungssystemen hinzu. Für Witwer haben wir allerdings auch im Westen keine Angaben, aber die Anteile sind da sehr gering. Sie dürften - und das gilt auch für den Osten, für die neuen Länder, für Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls – bei 1 bis maximal 2 Prozent liegen. Also eher 1 Prozent oder darunter. Jetzt habe ich mal die Frage versucht zu beantworten: Wie verhalten sich eigentlich die weiteren Alterseinkommen von Rentnern mit eigenen Renten unter oder über dem Median? Der Median ist eine Grenzlinie, der die Zahl der Bezieher einer Leistung in zwei Hälften teilt. Die eine Hälfte bezieht die niedrigen Renten, die andere Hälfte die höheren Renten. Und da zeigen sich jetzt doch sehr interessante Ergebnisse. Für Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich, dass die Rentner und Rentnerinnen mit überdurchschnittlich hohen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung auch zu einem wesentlich höheren Anteil eine öffentliche Zusatzversorgung beziehen. Bei den Männern sind dies 14 Prozent gegenüber 6 Prozent unter dem Median. Bei den Frauen sind es 17 Prozent gegenüber 2 Prozent unterhalb des Median. Das heißt also, dass die zusätzlichen Alterseinkommen auch hier in den neuen Bundesländern – und da sind die Unterschiede wesentlich größer als im Westen – insbesondere Personengruppen zugutekommen, die ohnehin schon bereits über eine überdurchschnittlich hohe Rente der gesetzlichen Rentenversicherung verfügen. Und an dieser Situation, soviel kann man als Ausblick sicherlich jetzt schon sagen, wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern, denn das sind relativ stabile Situationen, die wir in den westdeutschen Ländern schon seit vielen Jahren beobachten. Bei den übrigen weiteren Alterseinkommen sind die Unterschiede dagegen nur gering. Das Niveau ist in beiden Gruppen etwa gleich, also unterhalb und oberhalb des Median. Allerdings

geht es da auch um vergleichsweise geringe Anteile, etwa in der betrieblichen Altersversorgung, von 3 Prozent. Das ist auch der höchste Anteil, in allen übrigen maximal 1 Prozent. Und ich habe es bereits gesagt, dass in den alten Ländern die Unterschiede zum Teil noch stärker ausgeprägt sind. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass 10 Prozent der Männer mit einer GRV-Rente unterhalb des Median eine Beamtenversorgung beziehen. Das sind im Westen Personen, Beamte, die vor ihrer Beamtentätigkeit als Angestellte, in der Regel im öffentlichen Dienst, tätig waren, dann in das Beamtenverhältnis gewechselt sind, aus dieser Tätigkeit als Angestellte noch Rentenanwartschaften der gesetzlichen Rentenversicherung aufgebaut haben und die natürlich dann auch später zu Renten werden. Soviel zur Verbreitung. Jetzt zur Frage: Wie hoch sind die eigenen Nettorenten der gesetzlichen Rentenversicherung? Auch darüber haben Sie schon ein paar Zahlen vorhin gehört. Bedingt durch die niedrigen Zugangsrenten liegen in Mecklenburg-Vorpommern die Durchschnittsleistungen für Männer von 65 bis unter 75 Jahren, die liegen durchschnittlich bei 1.025 Euro, um 16 Prozent niedriger als die der 75- bis unter 85-Jährigen. Bei Frauen ist allerdings die Entwicklung gegenläufig. Hier haben wir einen Anstieg zu verzeichnen von der etwas älteren zur jüngeren Rentnergeneration von 12 Prozent. Also, es zeichnet sich hier ab, dass im Osten bereits eine Entwicklung eingesetzt hat, die dazu führt, dass die Zugangsrenten kontinuierlich sinken. Und das hat natürlich auch eine Bedeutung für das, was in Zukunft passieren wird, denn wir müssen berücksichtigen – und ich bin nicht sicher, Herr Prof. Dr. Ragnitz, wie das bei Ihnen berücksichtigt ist –, die Rentnergeneration wechselt ja bei den Frauen in etwa im 18-jährigen Turnus. So lange ist die Lebenserwartung einer Rentnerin bei Renteneintritt. Bei Männern sind es weniger, es sind etwa 12 bis 13 Jahre. Das heißt also, innerhalb eines Zeitraumes von 8 bis 9 Jahren rutscht oben die Hälfte etwa raus und unten rückt eine andere Generation nach. Und die Personen, die oben rausfallen, verfügen, vor allen Dingen in den neuen Bundesländern, über sehr deutlich höhere Renten als die, die von unten nachrücken. Das heißt, die Struktur wird sich ändern. Das ist auch mein Eindruck. Das geht in die gleiche Richtung, die Herr Dr. Grabka eben gesagt hat. Da droht hier doch eine große Gefahr, auch für die Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern. Das muss man berücksichtigen, die Strukturunterschiede. Die sind ganz gewaltig hier im Osten. Insgesamt liegt bei der Höhe der Renten Mecklenburg-Vorpommern etwa auf dem Niveau der neuen Länder. In den neuen Ländern insgesamt zeichnet sich ab, dass

bei den Männern die Renten sinken und bei den Frauen im Augenblick noch steigen. In den alten Ländern im Vergleich dazu ist die Tendenz eher sinkend, und zwar weniger als in den neuen Bundesländern, vor allen Dingen aber bei den 65- bis 75-Jährigen. Diese beziehen höhere Renten als in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt, in einem Vergleich der Situation zwischen alten und neuen Ländern und Mecklenburg-Vorpommern liegen natürlich die Renteneinkommen hier deutlich niedriger. Jetzt ein weiterer Punkt, der für die Beurteilung der Alterseinkommenssituation gerade von Witwen und Witwern durchaus von Bedeutung ist. Das ist die Frage der Kumulation von Witwen- und Witwerrenten. Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, dass etwa 74 Prozent der Witwer in den neuen Bundesländern, dagegen nur 35 Prozent in den alten Ländern über eine Witwerrente verfügen. Und bedingt durch die stärkere Kumulation von eigenen und Hinterbliebenenrenten liegen die durchschnittlichen GRV-Renten aller Witwer – also eigene und abgeleitete zusammengefasst – in Mecklenburg-Vorpommern um etwa 150 Euro und bei den Frauen um 300 Euro höher als im Westen. Das heißt, wir haben im Augenblick hier in den neuen Bundesländern bei den Witwern eine deutlich bessere Einkommenssituation. Die ist deutlich besser. Und begrenzt man das auf die Teilgruppe der Personen, die eine eigene und Hinterbliebenenrente beziehen, so beläuft sich der Vorsprung bei den Witwern auf etwa 90 Euro und bei Witwen auf 200 Euro. Aber, das ist das. Aber jetzt, Hinterbliebenenrenten aus anderen Alterssicherungssystemen, das habe ich Ihnen bereits gesagt, sind in Mecklenburg-Vorpommern und in den neuen Ländern nur selten. Maximal 1 Prozent der Witwen verfügen über eine derartige Leistung. Und die Anteile eben aus der betrieblichen Altersversorgung und Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst hatte ich Ihnen ebenfalls bereits gesagt. Über die Höhe dieser Leistungen, die aus den zusätzlichen Alterssicherungssystemen fließen, können wir allerdings aufgrund unserer Untersuchungen nichts sagen. Die Leistungen sind so selten, dass wir nur einzelne wenige Fälle in der Erhebung haben. Wir können dafür keine Statistik, repräsentative Aussagen machen. Die Frage ist jetzt: Wozu führt das unterm Strich? Und was ich zuletzt betrachtet habe, ist die Höhe der Nettoalterseinkommen von Ehepaaren und Alleinstehenden. Wir haben hier die Situation, dass Ehepaaren in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich 2.129 Euro zur Verfügung stehen. In den neuen Ländern sind es etwa 100 Euro weniger. Das heißt, wir haben hier bei den Ehepaaren im Augenblick, und zwar über alle Altersgruppen ab

65 zusammengefasst, eine etwas günstigere Einkommenssituation als in den neuen Ländern insgesamt. Allerdings sind das jetzt im Vergleich zum Westen – dort liegt der Durchschnitt bei 2.614 Euro – nur 81 Prozent. Das heißt, 19 Prozent weniger als im Westen. Alleinstehende Männer liegen mit 1.247 Euro und alleinstehende Frauen mit 1.232 Euro in Mecklenburg-Vorpommern nahezu gleich auf. Das ist eine völlig andere Situation als im Westen. Hier haben wir sehr viele höhere Einkommen bei den Männern. Die liegen dort bei 1.615 Euro gegenüber 1.310 Euro bei den Frauen. Das bedeutet aber auch, wenn man jetzt wiederum die Situation in Mecklenburg-Vorpommern mit den alten Ländern vergleicht, dass alleinstehende Männer ein nur etwa 23 Prozent niedrigeres Nettoalterseinkommen haben, insgesamt, alleinstehende Frauen um 6 Prozent. Das heißt, da ist die Differenz relativ gering. Ja, einer Frage, der ich dann auch noch nachgegangen bin, war die Frage: Wie ist eigentlich die Erwerbssituation der Rentnerinnen und Rentner? Denn, es kann ja auch verschiedene Gründe geben, weshalb Rentner noch erwerbstätig sind. Es kann darum gehen, niedrige Alterseinkommen aufzustocken. Es kann darum gehen – das gilt besonders im Westen –, dass eine selbstständige Tätigkeit weitergeführt wird. Es kann auch einfach Freude an der Arbeit sein oder dass man noch irgendeiner Beschäftigung nachgehen möchte und nicht zu Hause rumsitzen möchte. Auch das kann es in Einzelfällen durchaus geben. Im Ergebnis, unterm Strich führt das dazu, dass in Mecklenburg-Vorpommern noch 7 Prozent der Rentner und 3 Prozent der Rentnerinnen in der Gruppe der 65 bis unter 75-Jährigen noch erwerbstätig sind. Das ist im Durchschnitt der neuen Bundesländer jeweils etwa 1 Prozent weniger. Im Westen liegen die Anteile allerdings höher. Sie liegen bei den Männern bei 10 Prozent und bei den Frauen bei 5 Prozent. In den darüberliegenden Altersgruppen ab 75 gibt es praktisch keine Erwerbstätigkeit mehr oder allenfalls in einigen wenigen Ausnahmefällen. Ja, und dann noch ein Punkt, der im Hinblick auf die Frage der Grundsicherung im Alter eine große Rolle spielt: Wie ist eigentlich die Wohnsituation, wie ist die Miete und wie steht das in Korrelation zu den Einkommen? Und dabei zeigt sich nun, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einen deutlich höheren Anteil von Mietern im Vergleich zum Westen haben. Das sind hier bei Ehepaaren 58 Prozent, im Westen sind es dagegen nur 29 Prozent. Bei den alleinstehenden Männern sind die Unterschiede etwas weniger stark ausgeprägt. Wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern 75 Prozent, im Westen 47 Prozent. Bei den alleinstehenden Frauen sind die Anteile etwas größer ausgeprägt: 73 Prozent

gegenüber 46 Prozent. Und das hat natürlich einen Einfluss auf die Höhe der Anwartschaften bei Grundsicherung, denn Eigentümer erhalten in aller Regel deutlich weniger Zuschüsse zu ihren Wohnkosten als Mieter zur Kaltmiete und ihren Nebenkosten. Gegenläufig ist allerdings, dass die Mieten in Mecklenburg-Vorpommern bei Ehepaaren um durchschnittlich 120 Euro niedriger sind als in den alten Ländern. Hier liegen die Mieten bei knapp 500 Euro, also etwas mehr als 600 Euro in den alten Ländern. Im Durchschnitt, wohl gemerkt, insgesamt. Und wir haben natürlich in den alten Ländern eine ganz große Streuung der Mieten, etwa in den Ballungsgebieten in der Nähe von München, wo ich herkomme, oder wenn Sie in den Bayerischen Wald gehen oder aufs flache Land an anderer Stelle. Bei alleinstehenden Männern sind die Unterschiede jetzt in Mecklenburg-Vorpommern und den alten Ländern geringer. Da liegen etwa 45 bis 50 Euro dazwischen. Bei alleinstehenden Frauen sind es etwa 60 Euro. Und jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt hinzu: Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine höhere Quote von Mietern. Und wenn man jetzt die Nettoalterseinkommen der Mieter betrachtet, so sieht man folgende Situation in Mecklenburg-Vorpommern, dass Mieter, durchschnittlich, bei Ehepaaren, über ein Einkommen verfügen von 1.999 Euro, also etwa 2.000 Euro, Eigentümer dagegen von 2.300 Euro. Bei alleinstehenden Männern sind es 1.024 Euro. Da habe ich, offen gestanden, vergessen, den anderen Wert zu übertragen. Das ist auf jeden Fall auch ein deutlich höherer Wert. Das heißt, auch bei alleinstehenden Männern verfügen die Mieter über niedrigere Alterseinkommen als Eigentümer. Und bei alleinstehenden Frauen, den Wert finden wir unten wieder, sind es etwa 1.208 Euro gegenüber 1.366 Euro. Und das entspricht etwa auch der Situation in den neuen Ländern insgesamt. Das heißt also, wir haben – und das ist jetzt auch für die Grundsicherungsanwartschaften ganz wichtig –, wir haben einen deutlich höheren Anteil an Mietern in den neuen Ländern, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin mir nicht sicher, ich habe keine Informationen darüber, ob sich das in absehbarer Zeit ändern wird, vermutlich eher nicht. Und die Mieter verfügen eben über niedrigere Einkommen. Das heißt also, sie müssen aus diesen durchschnittlichen niedrigeren Einkommen dann eben die entsprechenden Mieten zahlen, die ich Ihnen oben ausgewiesen habe. Ja, das war jetzt so ein bisschen ein Parforceritt durch die wichtigsten Zahlen. Ich gebe Ihnen gerade noch mal ganz kurz einen Ausblick. Sie können einmal schauen, es gibt hier eine ganze Reihe von Tabellen. Diese eine Tabelle möchte ich mal ganz kurz ansprechen, die hat eben

auch Herr Dr. Grabka schon vorher aufgeführt. Sie sehen auf der Tabelle in der ersten Zeile, dass bei den Männern und Frauen in Mecklenburg-Vorpommern jeweils 99 Prozent bis knapp 100 Prozent eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Bei der Beamtenversorgung sind es die bereits angesprochenen 2 bzw. 4 Prozent bei den Männern, bei den Frauen 1 Prozent oder weniger. Landwirtschaftliche Altersrenten gibt es bei der jetzigen Rentnergeneration in Mecklenburg-Vorpommern noch überhaupt nicht. Und die berufsständische Versorgung, das ist die Leistung für sogenannte verkammerte Freiberufler, also Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und dergleichen. Deren Anteil liegt auch im Westen bei nur 1 bis 2 Prozent und hier im Osten ganz ähnlich. Die zweite Säule der betrieblichen Altersversorgung, auch die Zahlen habe ich Ihnen bereits gesagt: 4 Prozent der Männer in der jüngsten Rentnerkohorte verfügen über derartige Leistungen. In allen übrigen Gruppen ist es maximal 1 Prozent. Und die Zahlen für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, die habe ich Ihnen auch bereits genannt. Und darunter sind vielleicht noch private Renten. Auch darauf haben meine Vorredner bereits schon kurz hingewiesen. Die spielen in der Vergangenheit oder in der Gegenwart bei den Rentnern praktisch keine Rolle. Und bis da substantielle Anwartschaften aufgebaut werden, etwa in Form von Riester-Renten, werden noch viele Jahre ins Land gehen. Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Sie sehen die Zahlen. Und unten auch die Anteile von Zinsen. Das heißt also, wenn Sie Zeit und Muße haben, schauen Sie sich auch diese Tabellen an. Sie werden dann noch eine Fülle von Informationen finden. Wenn Sie Rückfragen haben, meine Kontaktadresse hatte ich Ihnen bereits genannt. - Vielen Dank.

Vors. **Jörg Heydorn**: Ja, vielen Dank, Herr Dr. Kortmann, für Ihren ausführlichen Vortrag. Ich würde jetzt Frau Loose bitten, Ihre Ausführungen zu machen.

(Zuruf)

Brigitte, hattest du eine Verständnisfrage?

Brigitte Paetow: Ja. Sie hatten immer auch einen Vergleich zwischen den Nettoalterseinkommen in den einzelnen Kohorten genannt. Bezieht sich das nur auf die Einkommen von Rentnerhaushalten? Ich habe den Begriff Pension irgendwie

nicht gehört. Also, nur auf diejenigen, die aus der gesetzlichen Rentenversicherung irgendwie etwas beziehen, auf diese Haushalte oder ist auch da der Vergleich mit den Pensionshaushalten erfolgt? Nein.

Dr. Klaus Kortmann: Das sind alle. Also, wenn ich Nettoeinkommen betrachte, dann betrachte ich alle Gruppen. Das heißt, Rentner und die Beamtenpensionäre, von denen es in den neuen Bundesländern nur relativ wenige gibt. Da sind alle Gruppen mit eingeschlossen. Es sind auch die Gruppen mit eingeschlossen, die ich angesprochen habe, die sogenannten verkammerten Freiberufler, die eben ausschließlich Leistungen aus der berufsständischen Versorgung beziehen. Auch diese Gruppen gibt es. Im Osten allerdings nur ganz wenige, im Westen aber auch nur eher verschwindend gering. Aber es sind alle mit eingeschlossen.

Brigitte Paetow: Aber bei den Renten sind das eben wirklich nur die aus der gesetzlichen Rentenversicherung West und die der gesetzlichen Rentenversicherung Ost?

Dr. Klaus Kortmann: Wenn ich hier in meinem Vortrag von Rentnern spreche, dann sind nur die Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung gemeint. Das ist richtig, ja.

Vors. **Jörg Heydorn:** Gut, dann haben wir das klargestellt. Dann ist Frau Loose dran. Frau Loose kommt von der Deutschen Rentenversicherung Bund, und zwar aus dem Bereich Forschung und Entwicklung. Sie wird uns vortragen, wie denn die Sicht aus der Datenlage der gesetzlichen Rentenversicherung ist. Frau Loose, bitte schön.

Brigitte L. Loose (Deutsche Rentenversicherung Bund, Bereich Forschung und Entwicklung): Ja, vielen herzlichen Dank für die Einladung hier in das Schloss in Schwerin. Ja, Sie haben mich ja schon vorgestellt. Ich bin Brigitte Loose. Ich bin Soziologin und arbeite im Bereich Forschung und Entwicklung in der Deutschen Rentenversicherung Bund. Meine Aufgabe ist, hier einen Überblick über die Datenlage der Rentenversicherung zu geben, der Ihnen weiterhilft, einzuschätzen, wie die Einkommenslage der Älteren jetzt und vor allen Dingen in Zukunft sein wird. Das ist natürlich eine wirklich schwierige Aufgabe. Auf meiner Suche nach Daten und bei meinen Überlegungen, was ich Ihnen hier am besten präsentieren kann, möchte

ich gern mit einer parlamentarischen Anfrage starten, die im letzten Herbst von den Linken an das BMAS gerichtet wurde. Ich glaube, der Hintergrund war etwas, was Sie hier im Grunde auch treibt. Die Frage, die gestellt wurde, von Frau Yvonne Ploetz von der Linksfraktion, lautete: Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils der Bevölkerungsanteil, der eine Alters- oder EM-Rente unterhalb des Niveaus der Grundsicherung erhält? So, und dann hat das BMAS diese Daten für 2011 hier mal nach Bundesländern aufgetragen. Sie sehen hier an fünftletzter Stelle steht Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn man sich jetzt anguckt, welchen Rentenzahlbetrag aus der gesetzlichen Rentenversicherung, also wie viele einen Zahlbetrag unter dieser Bruttobedarfsquote, dem Bruttobedarf in der Grundsicherung, erhalten, dann ist es immerhin erstaunlich und vielleicht auch ein bisschen erschreckend, bei den Männern 16,1 Prozent und bei den Frauen sogar 52 Prozent. So, das heißt, diese Rentenversicherungsdaten würden quasi suggerieren, dass fast die Hälfte der Frauen eben Renten und dann eben ein Armutsrisiko haben, und sagen wir mal jeder achte männliche Rentner auch. Zum gleichen Zeitpunkt – und das haben die Kollegen hier ja auch schon erwähnt –, zum gleichen Zeitpunkt lag aber die Grundsicherungsquote in Mecklenburg-Vorpommern bei 1,7 Prozent. Also, ich zeige Ihnen diese Grafik oder diese Tabelle, weil ich Ihnen vielleicht eine Hilfe an die Hand geben möchte, wie sehr die Rentenversicherungsdaten oder die Höhe der GRV-Renten, wie wenig die letztlich uns direkt Hinweise geben auf Armut. Also der Schluss, irgendwie so und so viele niedrige Renten haben wir und deshalb muss da irgendwie ein sehr hohes Armutsrisiko sein, der ist so einfach und so schnell also nicht zu machen. Es muss ja irgendetwas dazwischenliegen, zwischen diesen niedrigen Renten und dem Grundsicherungsniveau und der niedrigen Grundsicherungsquote in Mecklenburg-Vorpommern. Aber was auch immer dazwischen liegt, wie gesagt, niedrige Renten sind nicht zwingend ein Indikator für Altersarmut. Nun könnte ich mich nach diesem kleinen Einstieg wahrscheinlich auch verabschieden und sagen: „Gut, dann sind die Rentendaten jetzt nicht geeignet, Armut zu identifizieren.“ Ich möchte Ihnen trotzdem noch einige Daten aus der Rentenversicherung aufführen. Ich liege da, glaube ich, auch relativ parallel zu den vorher Vortragenden. Auch ich habe die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge in der Rentenversicherung hier einmal in der Zeitreihe von 1993 bis zum Jahr 2011 aufgetragen. Ich habe hier den Rentenzugang, also nur die Neurentner, die in dem jeweiligen Jahr in Rente gegangen sind, und nur

die, die in Altersrente gegangen sind. Sie können das vermutlich nicht so richtig gut sehen, aber dafür haben Sie die Zahlen im Grunde ja schon bei den Vorrednern auch sehen können. Sie sehen tatsächlich, also die durchgezogene Linie ist immer die Linie für Mecklenburg-Vorpommern: Das sind die Rentenzahlbeträge für die Rentenzugänge der jeweiligen Jahre für Mecklenburg-Vorpommern. Die gestrichelte Linie sind die Zahlen für Deutschland insgesamt. Oben sehen Sie, dass da kaum, also nicht wirklich so gravierende Unterschiede zwischen Deutschland insgesamt und Mecklenburg-Vorpommern sind. Sie sehen ab 2002 ungefähr dann eine kleine Delle, wo die Rentenzahlbeträge absinken. Ich will Ihnen das vielleicht noch mal zur Einordnung ein bisschen erklären. In die Zahlbeträge der Rentenzugänge geht natürlich die Rentenanpassung ein. Da ist immer zum aktuellen Rentenwert des Jahres der Rentenzahlbetrag ausgewiesen. Was noch eingeht, sind natürlich Veränderungen bei den Beiträgen zur Krankenversicherung, zur Pflegeversicherung. Und Zahlbetrag heißt ja, dass diese Beiträge schon abgezogen sind. Das heißt, wenn sich da was verändert, verändert sich auch was an den Rentenzahlbeträgen. Was auch eingeht, sind strukturelle Einflüsse. Wir haben das vorhin schon gehört, so was wie das Lohnniveau, also Unterschiede zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem gesamtdeutschen Durchschnitt, die Beschäftigungsstruktur, Arbeitslosigkeit, alles Sachen, die ich hier vielleicht gar nicht weiter ausführen muss. Was aber noch eingeht – und ich denke, relativ relevant eingeht – ist das Rentenzugangsverhalten. Und da sehen wir deutliche Unterschiede, wenn wir Mecklenburg-Vorpommern mit Deutschland vergleichen. Also der Anteil der Rentenzugänge, die mit Abschlägen gehen, weil sie vorzeitig in Rente gehen, und deshalb einen niedrigeren Rentenzahlbetrag kriegen, ist in den neuen Ländern deutlich höher als in den alten Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern dementsprechend auch. Also in den alten Bundesländern gehen, ich habe es mir hier mal aufgeschrieben, gehen 43 Prozent in etwa vorzeitig mit Abschlägen in Rente. In den neuen Ländern sind es 74 Prozent. Also das ist vielleicht auch etwas, was erklären kann, weshalb auch die Rentenzahlbeträge in den neuen Ländern durchaus niedriger sind. Sie sehen auch hier bei den Frauen, die Linie für Mecklenburg-Vorpommern ist vorbildlich weiter oben als der deutsche Gesamtdurchschnitt. Das liegt daran, das haben wir auch schon mehrfach hier besprochen, das liegt an den durchgängigen Erwerbsbiografien, an der hohen Erwerbsorientierung von Frauen in den neuen Ländern. Deshalb liegen die weit über dem in den alten Ländern, zumindest was ihre eigenen Ansprüche aus

eigener Erwerbstätigkeit angeht. Aber wir haben ja nicht nur die Einzelrenten, also die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge, die sich auf die eigene Rente aus eigener Erwerbstätigkeit beziehen. Wir haben auch – und das wurde hier schon angesprochen – Bezieher und Bezieherinnen von eigenen Renten und von abgeleiteten Renten, also aus eigener Erwerbstätigkeit und abgeleitete Witwen- oder Witwerrente. Immerhin in Mecklenburg-Vorpommern, hier sind die Zahlen aus dem Rentenzahlbestand 2011, sieht man, dass 34 Prozent der Frauen in Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Rente und eine Kumulation mit einer Witwenrente haben. 61 Prozent haben nur eine eigene GRV-Rente, 5 Prozent haben nur eine Witwenrente. Bei den Männern ist es ein bisschen weniger, aber bei den Frauen macht es durchaus was aus. Und wie viel das ausmacht, das sehen Sie hier. Ich zeige Ihnen, also diese Balken, die lila und blau sind, das sind die Mehrfachrenten. Links die Männer, rechts die Frauen. Und wenn Sie die vergleichen, ist immer der linke Balken für Mecklenburg-Vorpommern, der rechte Balken ist für Deutschland insgesamt. Wenn wir die Einzelrenten sehen, bei den Männern zum Beispiel 967 Euro, also die, die nur eine eigene kriegen, und das vergleichen in Mecklenburg-Vorpommern mit denen, die eine eigene und eine Witwenrente kriegen, dann sehen Sie schon deutlich höhere Beträge. Und das sehen wir auch bei den Frauen. Es macht auf jeden Fall einen sehr großen Unterschied, ob man nur eine eigene oder eine eigene und eine abgeleitete Rente kriegt. Da liegt Mecklenburg-Vorpommern insgesamt mit den Durchschnittsbeträgen über dem Bundesdurchschnitt. So, das war jetzt schon der Teil zu den prozessgenerierten Daten der gesetzlichen Rentenversicherung, aber eigentlich wollen wir was wissen, was ein bisschen perspektivisch in die Zukunft reicht. Und das wissen wir natürlich letztlich alle nicht. Aber die Rentenversicherung hat eine breit angelegte Untersuchung gemeinsam mit dem BMAS bei TNS Infratest in Auftrag gegeben und durchführen lassen. Die liegt schon etwas weiter zurück. Das war 2002 und 2004 noch mal eine Nachbefragung. Da wurden Alterssicherungsanwartschaften der zum Befragungszeitpunkt 40- bis 60-Jährigen quasi zusammengespielt. Es ging um die Erwerbsbiografien und die Altersvorsorge. Das heißt, man hat von 14.000 Personen monatsgenau die Erwerbsbiografien, was haben die gearbeitet, wie viel haben die gearbeitet oder welchen Erwerbsstatus hatten sie und die Rentenanwartschaften aus allen drei Säulen erhoben – im Haushaltskontext. Das heißt, wenn wir irgendwas über die Zukunft wissen wollen, kriegen wir da auch nicht die Wahrheit und irgendwie eine

Punktlandung, aber wir kriegen Hinweise, relativ gute Hinweise aus der ASID, wie das dann aussehen könnte, wenn diese 40- bis 60-Jährigen, die heute ungefähr 50 bis 70 sind, dann in Rente sind. Was für Anwartschaften haben die denn eigentlich? Und da hat eine Kollegin von mir eine Regionalisierung dieser Daten vorgenommen. Ich möchte Ihnen jetzt einige Ergebnisse davon zeigen. Ich sehe, Sie sehen das wahrscheinlich auch nicht so gut, aber Sie kriegen später noch das Handout. Hier sind die Beteiligungen – und da haben wir letztendlich, die Botschaft ist hier sicherlich auch schon gelandet –, die Beteiligungen und die projizierte monatliche Rentenanwartschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgetragen nach Bundesländern. Sie sehen hier, also die erste Spalte, wo Prozent drübersteht, Sie sehen eine relativ einheitlich hohe Verbreitung der gesetzlichen Rente in allen Bundesländern. Aber ganz besonders weit verbreitet ist die gesetzliche Rente in den neuen Ländern. Also da liegt sie beinahe bei 100 Prozent. Und wir sehen dann noch die projizierten monatlichen Anwartschaften, das sind allerdings die Werte von 2005. Achten Sie nicht so sehr auf die absolute Höhe des Betrages, sondern hier ist die interessantere Botschaft die Relation zwischen den einzelnen Beträgen. Also wir sehen, dass die projizierten monatlichen Anwartschaften in den alten Ländern deutlich stärker streuen, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. In den neuen Ländern liegen sie relativ beieinander. Auch hier sehen wir wieder das, was ich eben schon erwähnt habe. Die Renten, also die monatlichen Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung, sind bei den Frauen in den neuen Ländern deutlich höher als bei den Frauen in den alten Ländern. So, jetzt hatten wir erst mal nur die GRV-Anwartschaften. Jetzt haben wir die eigenen Bruttoalterseinkommen. Das heißt, da sind Anwartschaften auf eigene und abgeleitete Leistungen aus allen Systemen, aus der ersten Säule, der zweiten Säule und der dritten Säule, drin. Und wir sehen, die Unterschiede sind noch größer geworden. Die Streuung ist in den alten Ländern noch breiter geworden. In den neuen Ländern liegen sie immer noch relativ weit beieinander. Wir sehen unten noch mal den Durchschnittswert für die neuen Länder und den Durchschnittswert für Deutschland insgesamt. Wenn man sich Mecklenburg-Vorpommern in dem Ranking der neuen Länder anguckt, also welche eigenen Bruttoalterseinkommen die Männer und Frauen in Mecklenburg-Vorpommern vermutlich generieren können, dann sieht man, dass Mecklenburg-Vorpommern eigentlich in der Riege der neuen Länder immer den Schluss bildet. Also, die neuen Länder, das wurde ja schon gesagt, sind relativ einheitlich. Oder es

ist zu vermuten, dass sie relativ einheitlich in ihren Lagen zusammenliegen, aber Mecklenburg-Vorpommern scheint, so sind zumindest die ASID-Daten, eher im unteren Bereich zu liegen. So, wie setzen sich die Alterseinkommen zusammen? Und auch dazu haben Sie heute schon was gehört. Das ist jetzt quasi nur eine neue Datengrundlage. Es geht um diejenigen, von denen ein Teil jetzt noch im Erwerbsleben steht und noch in Rente gehen muss. Das heißt, es sind im Grunde die Jüngeren. Herr Dr. Kortmann hatte mit der ASID die 55-Jährigen und Älteren, aber eigentlich die 65-Jährigen und Älteren fokussiert. Wir haben jetzt die etwas Jüngeren im Blick. Und hier sehen wir, welchen Anteil die drei Säulen an den Bruttoalterseinkommen der Personen haben. Und auch hier sehen wir wieder, dass die erste Säule, die GRV – das ist das, was Sie hier weiß sehen – den größten Teil der Bruttoalterseinkommen in den neuen Ländern ausmacht. Das ist nicht verwunderlich. Wie gesagt, wir haben das ja schon gehört. In den alten Ländern sehen wir, dass andere Systeme der ersten Säule, wie Beamtenversorgung, wie berufsständische Versorgungswerke, wie Alterssicherungen der Landwirte, einen größeren Anteil von deren Alterseinkommen ausmachen. Das ist der gelbe Teil der Säule. Und hinten – für Sie sieht das grau aus – das Dunkelblaue, das ist die zweite und dritte Säule. Wir hatten das ja schon gehört, die zweite und dritte Säule ist in den alten Ländern deutlich weiter verbreitet als in den neuen Ländern. Das gilt natürlich auch für Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt sehen wir bei den Männern, dass etwa 11 Prozent von deren Bruttoalterseinkommen aus der zweiten oder dritten Säule kommen. Und bei den Frauen sind es auch 11 Prozent. Das können Sie nachlesen in der Dokumentation der ASID-Studie. Wenn wir uns die Kohorten angucken, wie sich die Zusammensetzung der Bruttoalterseinkommen verändert, dann sehen wir, dass es in den neuen Bundesländern tatsächlich ein bisschen mehr wird. Das ist immer noch auf niedrigem Niveau, aber die Tendenz ist auf jeden Fall positiv. Man kann davon ausgehen, dass in Zukunft ein größerer Anteil der zweiten und dritten Säule am Bruttoalterseinkommen – auch in den neuen Ländern – ausmachen wird. Der Anteil wird wachsen, aber, wie gesagt, auf relativ niedrigem Niveau. Jetzt habe ich nochmal was ganz Ähnliches gemacht. Was heißt, ich, Herr Dr. Kortmann hat das eigentlich gemacht. Also, wir haben bei Infratest noch mal in Auftrag gegeben, den Median der GRV-Renten in Mecklenburg-Vorpommern abzubilden. Dann haben wir die unteren 50 Prozent der GRV-Rentenbezieher und die oberen 50 Prozent und wollen hier auch noch mal gucken, an welchem

Alterssicherungssystem sind die beteiligt. Wie gesagt, das ist was ganz Ähnliches, was Herr Dr. Kortmann gemacht hat mit der ASID. Das hier sind jetzt noch mal ASID-Daten. Und wir sehen auf jeden Fall, also Herr Dr. Kortmann hatte auch in seiner Zusammenfassung erwähnt, dass die zusätzliche Altersvorsorge in der zweiten und dritten Säule deutlich stärkere Verbreitung bei denen hat, die schon ohnehin höhere GRV-Renten beziehen. Ich habe mich zunächst gewundert über diese 2,4 Prozent Beamtenversorgung in der unteren Einkommenshälfte, weil man Beamte eigentlich immer in der oberen Hälfte erwartet. Aber hier geht es ja um Menschen, die eine niedrige GRV-Rente haben. Und Beamte, die wechseln, also die irgendwann mal abhängig beschäftigt waren und dann Beamte werden, die haben niedrige GRV-Renten und ihre Beamtenversorgung. Insofern erklärt sich auch der Wert für die Beamtenversorgung. Was vielleicht überraschend ist, ist in der dritten Säule die private Altersvorsorge. Es gibt offensichtlich eine hohe Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern an der privaten Altersvorsorge. Aber das sagt noch nichts über Beträge, also, was dabei rauskommt, aus. Es sind viele 40- bis 60-Jährigen, die zum Befragungszeitpunkt diese private Vorsorge haben. Aber ob die nun – und da mache ich jetzt vielleicht die Kurve zu meiner ersten Folie – tatsächlich den Unterschied macht zwischen den niedrigen Zahlbeträgen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und dem hohen Anteil mit niedrigen Renten und der geringen Armutsquote oder Bedürftigkeitsquote, das würde ich mal in Zweifel ziehen wollen. Dann soweit erst mal vielen Dank. Wenn Sie Fragen haben, können wir vielleicht auf einzelne Punkte noch extra eingehen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen Dank, Frau Loose. Gibt es Verständnisfragen? Frau Paetow.

Brigitte Paetow: Ja, herzlichen Dank für die Ausführungen. Vielleicht noch mal eine Nachfrage. Sie hatten bei der Entwicklung der Renten immer den Durchschnitt genannt. Beim Durchschnitt ist es ja so, dass also 50 Prozent drüber und 50 Prozent drunter liegen. Ja, das ist der Durchschnitt.

(...: Der Median.)

Brigitte L. Loose: Das ist der Median. Aber ok, ich weiß, was Sie meinen.

Brigitte Paetow: In diesem Fall. Jetzt aber, ich kenne eigentlich bei der Rentenberichterstattung eigentlich ein anderes System, dass es in die Ziele eingeteilt wird und dass dann mal geguckt wird, wie viel Prozent sind im oberen Bereich, im unteren Bereich, damit man sieht, wie eben die Streuung ist. Denn das sieht man eben aus dieser Entwicklung, wenn es nur um Durchschnitte geht, eben nicht.

Brigitte L. Loose: Da haben Sie vollkommen recht. Ich habe auch noch im Anhang einen Zahlenfundus mitgebracht, aber ich musste mich einfach auf wenige Daten beschränken.

Vors. **Jörg Heydorn:** Ja, herzlichen Dank. Dann würde ich Frau Dr. Haupt um ihren Vortrag bitten. Frau Dr. Haupt kommt vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg und hat sich intensiv mit den neuen Ländern beschäftigt. Im Auftrag für die Volkssolidarität den Sozialreport 50plus und den Rentenreport Mecklenburg-Vorpommern 2011, will ich nennen. Frau Dr. Haupt trägt uns vor, wie sich aus ihrer Sicht das Thema „Renteneinkommen und Altersarmut“ in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln wird. Bitte schön, Frau Dr. Haupt.

Dr. Hanna Haupt (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg - SFZ - e. V.): Ich bin gebeten worden, einen Kommentar abzugeben zu dem vorliegenden Text des Gutachtens der Uni Rostock. Ich werde mich auch darum bemühen und versuchen, mich auf einige Schwerpunkte zu konzentrieren. Eine Vorbemerkung gestatten Sie mir. Die Studie geht aus von der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und fairer Entwicklungschancen. Ich halte das für eine sehr notwendige Zielvorgabe, in der die Einkommen für die Einkommensanalyse hier im Land ..., aber ich möchte da nicht zustimmen der Beschränkung des Vergleichs auf den städtischen und ländlichen Raum. Das ist mir zu eng. Gleiche Lebensverhältnisse und Angleichung der Einkommensverhältnisse erfordern insbesondere den Ost-West-Vergleich, damit auch der Maßstab für die Angleichung definiert ist und erkennbar wird. Das Grundlagenpapier geht insgesamt davon aus, dass die Lebenssituation Älterer zu einem großen Teil selbst verantwortet ist und sich der Einflussnahme durch andere entzieht. Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sind hohe Güter, insbesondere auch für die ältere Generation. Aber man muss doch einbeziehen, dass sich diese hohen Güter immer nur unter

bestimmten gegebenen Rahmenbedingungen entwickeln können. Deshalb würde ich sehr darum bitten, dass bei der Betrachtung der Einkommenssituation der Älteren in Mecklenburg-Vorpommern auch die Rahmenbedingungen mit einbezogen werden, da die auf die Einkommensentwicklung von älteren Erwerbspersonen und Alterseinkommen, wie sie heute sind, maßgeblichen Einfluss haben. Ich meine damit einmal die seit 1990 im Zuge der Transformation entstandene Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur hier im Lande, die eben charakterisiert ist durch über 90 Prozent kleine Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten mit geringer Tarifbindung und niedrigen Tarifabschlüssen über viele Jahre. Aktuell haben wir hier 42 Branchen mit Mindestlohniveau unter 8,50 Euro. Dieser Vergleich, wenn man diese Bedingungen mit heranzieht für die Einschätzung der Einkommen, macht es auch deutlich, dass also gegenwärtig, in der Reihe der Bundesländer, bei den Bruttolöhnen und -gehältern Mecklenburg-Vorpommern am Ende des Ranking steht und wir einen Abstand zum Bundesdurchschnitt von minus 21,5 Prozent hier zu verzeichnen haben. Das heißt, wenn wir uns hier nicht für die Einführung von Mindestlöhnen entscheiden, dann werden wir für die künftigen Jahre mit einem erheblichen Anstieg des Grundsicherungsbedarfs im Alter zu rechnen haben. Ich würde auch die seit 1990 anhaltende Abwanderung, vor allem von jungen Erwerbsfähigen, heranziehen, die hier im Lande keine oder keine befriedigenden Erwerbsmöglichkeiten gefunden haben. Allein von 2000 bis 2011 sind – ich spreche hier von den Fortzügen und nicht vom Saldo – über 470.000 Menschen über die Landesgrenze weggezogen. Hauptsächlich der große Balken, über 60 Prozent die Jahre hinweg. Junge Erwerbsfähige und junge Leute zwischen 15 und 35 Jahren, die nach einer Ausbildung und einem Arbeitsplatz streben. Das heißt, auch hier ist es dringend geboten, dass dieser Entwicklung etwas entgegengesetzt wird, damit nicht noch mehr Potenzial aus dem Land abfließt. Durch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätze muss die Wirtschaftskraft des Landes gestärkt werden. Ich möchte weiter darauf verweisen, dass die lang anhaltende und seit 2002 durchaus rückläufige Arbeitslosigkeit wesentlichen Einfluss auf die heutige Einkommenssituation der älteren Generation hat. Wenn wir uns hier die Arbeitslosenstrukturen ansehen, dann wird klar: Es werden zwar weniger, aber es bleiben immer noch zwei Drittel Langzeitarbeitslose, die für die künftige Alterssicherung seit 2011 überhaupt keine rentenrelevanten Leistungen mehr erhalten und demzufolge einen Totalausfall für die Rentenanwartschaft darstellen.

Trotz alledem muss man auch sagen, Arbeitslosigkeit drückt die Einkommenssituation des Betroffenen um 40 Prozent, die Langzeitarbeitslosigkeit mit Arbeitslosenhilfesätzen bis 2004 um 47 Prozent und ab 2005 ist das auf Regelsatzniveau abgesunken. Das heißt, es sind durch Arbeitslosigkeit erhebliche Lücken in den Erwerbsbiografien entstanden, die sich bei Rentenversicherten in Minderung der Rentenzahlbeträge niederschlagen. Und ich rede hier nicht dem Fall oder dem Fakt nach, dass eventuell jeder, der zeitweilig arbeitslos war, im Alter arm ist, aber auf jeden Fall muss er die Lücken kompensieren oder mit diesen Lücken leben, und das senkt sein Wohlfahrtsniveau. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, da haben meine verehrten Vorredner ja auch schon angeknüpft, dass in Ostdeutschland in ungleich höherem Maße als in den alten Bundesländern die Alterseinkommen von den gesetzlichen Renten dominiert werden. Die ASID weist aus, dass also 91 Prozent des Bruttoeinkommensvolumens der Alterseinkommen durch sie gebildet werden. In den alten Ländern wird ein Wert von 85 Prozent genannt. Das heißt, die gesetzliche Absenkung des Rentenniveaus und die durch Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohn, prekäre Beschäftigung erwachsenen Beitragsausfälle und Lücken wirken sich im Osten stärker auf die Alterseinkommen aus als im Westen. Ich möchte ja Herrn Dr. Kortmanns Zahlen über Betriebsrenten und zweite und dritte Säule nicht noch ausbreiten, das ist eigentlich allen hier bekannt. Es wäre jetzt auch noch darauf zu verweisen, in Bezug auf gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland muss die noch ausstehende Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den von West in die Einkommensanalyse einbezogen werden, denn für die Älteren, auch in Mecklenburg-Vorpommern, erweist sich die noch zu vollendende Rentenangleichung als ein offenes Gerechtigkeitsproblem. Aber auch aktuell geht es um ein Defizit von 11,2 Prozent und ab 1. Juli von 8,5 Prozent ihres überwiegenden Alterseinkommens, das heißt, von 90 Prozent dessen, womit sie ihr Alter absichern. Ich möchte ein paar Worte verlieren zu der vorgenommenen Analyse zum Haushaltseinkommen. Es zeigt am Beispiel der Durchschnitte, nach Familienstand und Alleinlebenden, auch die Möglichkeit der haushaltsinternen Umverteilung und damit die Chancen zur Armutsvermeidung. Es wurde darauf schon hingewiesen. Was mir an der Überlegung und an der Ausführung fehlt, ist, dass die Spreizung der Haushaltsnettoeinkommen insgesamt oder nach Bildung, Ausbildung, Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehers gänzlich fehlt in der vorgenommenen Analyse. Damit

wurde die Möglichkeit verschenkt, auch die Randgruppen am unteren Rand genauer zu beleuchten, um sich über das heutige Ausmaß der Schwierigkeiten und Probleme im Klaren zu sein und auch um eventuelle Ansätze für Daseinsvorsorge daraus zu gewinnen. Und was mir ebenfalls fehlt, das ist der gänzliche Vergleich mit den Einkommen, Haushaltneueinkommen oder Bruttoeinkommen, was immer man wählt. Aber ein Ost-West-Vergleich oder ein Vergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern wurde nicht vorgenommen. Ich habe mir die Rechnung mal aufgemacht anhand der laufenden Wirtschaftsrechnung, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, und komme, wenn ich Rentnerhaushalt Ost berechne, in Relation zu Rentnerhaushalt West zu einem Niveau von 79 Prozent im Osten. Und wenn ich die Senioren nehme, nämlich Pensionäre und Rentner zusammengefasst, also die ab 65-Jährigen – die werden aber für den Osten aufgrund geringerer Zahl nicht ausgewiesen –, so muss ich also Senioren aus Rentner Ost zu Senioren West nehmen und dann liegt das Ost-Niveau bei 72 Prozent. Und ich meine, dieser Abstand ist noch immer zu groß. Man kann ihn nicht einfach wegreden oder weggucken, das geht nicht. Man muss es mit in die Analyse einbeziehen. Was die Armutgefährdung im Alter angeht, da bin ich der Meinung, also erstens teile ich die Ansicht von Herrn Dr. Grabka, dass es beim allerbesten Willen nicht nur um Grundsicherungsquoten geht, sondern dass Armut schon im Osten in einem Ausmaß von 13,3 Prozent angekommen ist. Das ist nicht mehr negierbar. Ich habe hier die Zahlen von der Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder und abgetragen sehen wir hier: Bei Armut im Alter liegt Mecklenburg-Vorpommern im Bundesdurchschnitt mit 13,3 Prozent. Aber perspektivisch gesehen bringen die meisten im Vergleich aller Bundesländer, nämlich 21,3 Prozent der 50- bis unter 65-Jährigen, Armut in das Alter mit ein. Das wird von keinem anderen Bundesland erreicht und sollte hier zu Schlussfolgerungen führen. Die Gruppen sind nochmal hier genannt. Für den Bericht wäre es meiner Meinung nach notwendig gewesen, sowohl die differenzierte Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen und zugleich den bestehenden Abstand zu Vergleichshaushalten in den westdeutschen Bundesländern darzustellen. Bezüglich Altersarmut bedarf es viel mehr, nicht die Reduzierung auf die Grundsicherungsquote, sondern viel mehr der Armutgefährdung und der Risikoschwelle, um Schlussfolgerungen für die öffentliche Daseinsvorsorge zu ziehen. Denn meiner Meinung nach ist ja die Armutsschwelle genau der Indikator, der uns sagt, bei Eintritt eines zufälligen zusätzlichen

Wechselfall des Lebens – ob das Tod, ob das Pflegebedürftigkeit oder andere Zustände sind –, wann wir von der Schwelle runterrutschen und verarmen. Das ist eine Drehschraube, an der angesetzt werden kann und muss. Drittens würde ich Ihre Aufmerksamkeit gern auf die Analyse der Vermögenssituation von Rentnerhaushalten beziehungsweise Älteren in Mecklenburg-Vorpommern richten. Vorgenommen wurde sie im Gutachten auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und - was mich einigermaßen frappiert – sie fällt ausnahmslos positiv aus. Um die Vermögenslage realitätsnah abzubilden, wäre es meiner Meinung nach wünschenswert gewesen, sowohl die reale Verbreitung von Vermögen und Versicherungsguthaben dieser Klientel als auch vorhandene Belastungen von Hypotheken, Restschulden, Konsumkreditschulden in die Bewertung mit einzubeziehen, aber auch zu sagen, wie groß der Anteil derer ist, die über irgendwelche Gütervermögen verfügen. Und wie groß der Teil ist, der nichts hat. Das kann man ganz einfach: Geldvermögen geben die Rentnerhaushalte zu über 90 Prozent an. 8 Prozent haben gesagt, sie haben nichts. 17 Prozent haben Schulden, Konsumentenkreditschulden. Dieses Geldvermögen hat einen durchschnittlichen Wert von 26.400 Euro pro Haushalt. Das grenzt natürlich die Möglichkeit der Absicherung einer Altersphase von, sagen wir 25 bis 30 Jahren schon gehörig ein. Bei Haus- und Grundbesitz ist die Sache ähnlich. 60 Prozent sind Mieter, 40 Prozent sind Wohneigentümer. Aber von den Wohneigentümern sind insgesamt 25 und von ihnen 60 Prozent, die mit ihrem Wohneigentum mit Hypothekenrestschulden von über 46.000 Euro pro betroffenem Haushalt belastet sind. Das heißt, die durchschnittliche Summe der Geldvermögen würde in keiner Weise zur Deckung dieser Restschuld ausreichen. Ob die fließenden Einkommen, sprich hauptsächlich Renten, das hergeben, wage ich zu bezweifeln. Und ich möchte auch hier von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Mecklenburg-Vorpommern noch dazu sagen: 47 Prozent ihrer Rentnerhaushalte haben private Vorsorge, aber 53 Prozent haben es nicht. Wenn man das sich mal gegeneinander rechnet und überlegt, wie viel Potenz dieses hier ausgewiesene Vermögen hat, um alterssichernd zu wirken, dann sage ich ganz ehrlich, dass zum Beispiel bei Eintreten von Pflegebedürftigkeit die Lücken zwischen dem Alterseinkommen, den fließenden und den realen Pflegekosten nicht zu decken sind. Also ein Indiz dafür, dass auch hier wieder Transferleistungen dringend notwendig sind, um die Wechselfälle des Lebens zu bestreiten. Eine vierte und letzte Bemerkung möchte ich machen. Die

Renteneinkommen bestimmen über 90 Prozent das Wohlfahrtsniveau der ab 65-Jährigen in Ostdeutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Deutliche Veränderungen zeichnen sich gegenwärtig in den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen von Neurentnern ab, so wie das Frau Loose dargestellt hat, dass also gegenüber den Bestandsrentnern eine Kluft besteht, die seit 2000 – nach meiner Beobachtung – ständig zunimmt. Das ist auch in Mecklenburg-Vorpommern so. Wenn wir davon ausgehen, dass die Zahlbeträge der Altersrenten im Rentenbestand bei den über 75-Jährigen noch auf vollen Erwerbsbiografien basieren, müssen wir davon ausgehen, dass gegenwärtig Rentner nachrücken, Neurentner, die keine solchen geschlossenen Erwerbsbiografien in ihren Anwartschaften haben, sondern erhebliche Lücken. Und die Kollegen haben dankenswerterweise mir das Wort aus dem Mund genommen: Die Belege sind da, dass hier diese Lücken auftreten und auch die Tendenz zur Altersarmut doch verstärken. Wobei es mir aber darauf ankommt zu betonen, dass aufgrund dessen, dass die Renten im Osten diese vorrangige, diese dominante Position einnehmen, man davon ausgehen muss, dass hier alle gesetzlichen Änderungen, die sich auf die Rente auswirken, stärker greifen und bemerkbar machen als dort, wo noch 40 Prozent der Alterseinkommen aus anderen Quellen zufließen. Und wenn alle Kollegen betont haben, dass sich dies auch in den nächsten 10 Jahren oder 15 Jahren nicht ändern wird, ich muss sagen, diese Ansicht teile ich auch. Deshalb das Plädoyer, die Renten für das Alterseinkommen im Osten auch hochzuhalten und so zu bewerten, wie sie für die Alterssicherheit und für die Lebensqualität der Menschen notwendig sind. Ich würde meinen, wenn wir die Entwicklung betrachten, dann haben wir einmal das Absinken des Rentenniveaus, zweitens, die Lücken durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und so weiter. Und wir müssen davon ausgehen, dass dieses Absinken bis 2030 erst mal gesetzlich vorprogrammiert ist und sich hier nicht nur eine Armutsgefährdung ausbreitet. Dem ist nicht zu widersprechen. Aber wir haben es aufgrund des Stellenwertes der Renten im Osten mit einem Absinken des Wohlfahrtsniveaus der gesetzlichen Rentner insgesamt zu tun. - Vielen Dank.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen Dank, Frau Dr. Haupt. Ich sehe mal in die Runde. Gibt es Verständnisfragen zu dem Vortrag von Frau Dr. Haupt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würde ich Frau Paetow bitten, ihre Ausführungen zu machen. Frau

Paetow brauche ich nicht vorzustellen. Sie ist die Vorsitzende unseres Landes-seniorenbeirates hier in Mecklenburg-Vorpommern. Ich würde Sie bitten, aus Sicht des Landessenorenbeirates zu bewerten, was wir hier heute gehört haben.

Brigitte Paetow (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V.): Nochmals herzlichen Dank. Die Letzte in der Runde. Von mir bekommen Sie keine eigenen Zahlen. Sie wissen, dass wir ein ehrenamtliches Gremium sind und im Interesse der Senioren und der Generationengerechtigkeit hier auf dem Weg sind in Mecklenburg-Vorpommern. Zu dem Thema „Einkommens- und Vermögensverhältnisse Älterer in Mecklenburg-Vorpommern“, ich habe es genannt aus der Sicht von Betroffenen. Ich gehe davon aus, also dass wir als Sprachrohr der Senioren dazu einiges sagen können. Ich möchte kurz die Gliederung erläutern, also erst mal die Stellungnahme zu diesem Punkt, in dem durch die Universität vorgelegten Grundlagenpapier von Frau Prof. Dr. Tivig. Sie wissen, dass wir hierzu die Kommissionsdrucksache 6/15 vorgelegt haben. Dann die Wahrnehmung der sozialen Ausgrenzung durch Betroffene in Mecklenburg-Vorpommern, also aus unseren Workshops, in denen wir uns mit Betroffenen unterhalten haben. Und dann drittens Empfehlungen für die Enquete-Kommission. Wörtlich steht in dem Grundlagenpapier von Frau Professor Tivig: „In Deutschland wird derzeit viel von Altersarmut gesprochen und insbesondere auf die prekäre Lage von Rentnerinnen verwiesen. Die aktuellen Zahlen beschreiben jedoch ein ganz anderes Bild – auch in Mecklenburg-Vorpommern.“ Das würde bedeuten, also dass man diese Altersarmut dann zumindest erst einmal zur Seite schiebt. Wir erheben dagegen Widerspruch, sogar durch die aufgeführten Daten in dieser Studie kann man also diese Schlussfolgerung eigentlich nicht ziehen. Ich sage es noch einmal, Altersarmut, weil gesagt wurde, das gibt es nicht. Der Kirchentag 2013 hat sich mit dem Thema Altersarmut beschäftigt, hat eine Resolution verabschiedet zum Thema „Altersarmut verhindern“ und die Schlussfolgerung genannt: Die Einrichtung staatlicher, abschluss- und provisionsfreier Vorsorgekonten bei nicht gewinnorientierten Organisationen. Das ist die eine Forderung. Die zweite, keine Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis 2030. Die dritte Forderung in dieser Resolution, flexible Regelungen beim Renteneintrittsalter. Also es geht um das Renteneintrittsalter bis 67, die Erweiterung der Anrechnung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder. Also, das ist ganz aktuell und eben auf dem Kirchentag

auch aufgegriffen worden. Also, man kann das Thema Altersarmut nicht negieren. Jetzt komme ich zu den Beispielen aus der Studie. Da steht der Satz drin: „Weit über 80 Prozent verfügen über ein gewisses Vermögen.“ Es geht um die Älteren. Als Schlussfolgerung muss ich daraus ziehen, 20 Prozent haben keines. Fast die Hälfte der Älteren, steht darin, 40 bis 50 Prozent, je nach Altersklasse, weist Haus- und Grundbesitz vor. Das ist richtig, aber 50 bis 60 Prozent haben das dann nicht. Also das muss man auch andersrum sehen, also nicht bloß in der positiven Richtung. Also, die Schlussfolgerung daraus, dass das nun alles in Ordnung wäre, kann man so nicht sehen. Dann, das dritte Beispiel. Hier steht drin, ich habe es in Anführungsstriche gesetzt: Rund ein Viertel der Rentnerhaushalte und 43 Prozent der Jüngeren unter den Älteren, also die nächste Kohorte von 55 bis 64 Jahren, kann auf Versicherungsansprüche aus Lebens- und privater Rentenversicherung bauen. Schlussfolgerung: 50 Prozent können das nicht. Das nächste Beispiel. Der Anteil von Grundsicherungsbeziehern unter den Älteren ist und bleibt vermutlich bis 2020 eher gering. Das ist hier auch öfter gesagt worden. Es wurden eben 2 Prozent genannt. Ich habe mal nachgeguckt, 2011 bezogen in Mecklenburg-Vorpommern 5.605 Personen über 65 Jahre Grundsicherung. Ist das eine geringe Größe? Ab 5.000 Einwohnern haben wir einen hauptamtlichen Bürgermeister. 5.605 Personen, die Grundsicherung beziehen, kann ich nicht als eine zu vernachlässigende Größe bezeichnen. Dann fünftens: In Mecklenburg-Vorpommern beziehen rund 34 Prozent der Rentnerinnen Mehrfachrenten und erzielen auf diese Weise ein Einkommen, das seit 2004 jedes Jahr anstieg. 2011 betrug es 1.230 Euro. So steht es darin. Schlussfolgerung: Aber 66 Prozent der Rentnerinnen sind davon nicht betroffen. Das ist ein Drittel, das ist richtig, aber zwei Drittel sind davon nicht betroffen. Dann das nächste Beispiel: Derzeit verfügen 12,9 Prozent der Haushalte der über 65-Jährigen über weniger als 900 Euro. 20,8 Prozent der Haushalte der Kohorte zwischen 55 und 64 über weniger als 900 Euro. Die Schlussfolgerung daraus ist natürlich, 12,9 Prozent der Haushalte liegen derzeit unter der Armutgefährdungsgrenze, in Zukunft wahrscheinlich sogar 20 Prozent. Das waren also die Gründe, warum der Landessenorenbeirat sich dazu geäußert hat. Ich habe jetzt nur die Beispiele genannt, die zu dem Thema heute passen, zu den Einkommensverhältnissen der Älteren. Zu anderen Themenkomplexen hatten wir ja auch noch unseren Standpunkt dargelegt, aber das wird ja zu einem späteren Zeitpunkt wieder neu aufgerufen: Insofern freuen wir uns, dass das nochmals heute diskutiert wird. Jetzt zum zweiten

Punkt. Der Landessenorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern war an zwei Projekten beteiligt, die auf europäischer Ebene gelaufen sind. Das war ein Projekt 2006-2007. Dies hieß „AGE/inc-Project Altersarmut und soziale Ausgrenzung – Älteren Menschen eine Stimme geben“. Es geht ja immer darum - das wurde hier auch schon gesagt -, gerade diejenigen, die jetzt von Armut betroffen sind, die erreichen wir oft nicht. Und das ist eben die Kunst, irgendwie mit denen zu reden und auch ihnen eine Stimme zu geben. So ist das damals genannt worden. Das war das Projekt 2006-2007. Und dann gab es das Projekt 2009-2010 unter dem englischen Begriff „INCLUSage – Debating older people’s needs“. Da ging es um Empfehlungen zur stärkeren Beteiligung von älteren Menschen, die von Armut und Ausgrenzung an politischen Entscheidungsprozessen betroffen sind. Ich komme jetzt auf das zweite Projekt „INCLUSage“ zu sprechen. Wir haben in Stralsund, in Rostock, Schwerin und in Törpin, im Landkreis Demmin, mit insgesamt 54 Teilnehmern Gespräche geführt. Aber an den Anfang möchte ich stellen: Glauben Sie nicht, dass das einfach ist, Menschen zu finden, wenn sie von außen kommen und sagen: „Erzähl mir mal, warum es dir nicht so gut geht und warum du arm bist!“ Es ist so, dass wir nur Teilnehmer über Vereine und Verbände, Institutionen, beispielsweise in Tafeln und Wohneinrichtungen, gewinnen konnten, wo ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wurde, dass man sich dann auch geöffnet hat und sagte, wie es einem geht. Auch Seniorenbeiratsmitglieder haben persönliche Gespräche geführt mit Bekannten, auch die Möglichkeit eingeräumt, dass sie nicht alleine kommen, dass sie jemanden mitbringen können, dem sie vertrauen. Einen haben wir auch über ein Sozialamt erreicht. Der hatte sein Schicksal im Sozialamt erzählt. Das Sozialamt hatte ihm empfohlen, das auch uns zu sagen, damit das auch weitergetragen wird. Aber nicht über Organisationsstrukturen, wenn man der Meinung ist, man schreibt jetzt Vereine und Verbände an: „Schickt uns mal Arme!“ Ich kann Ihnen auch sagen, dass im Moment gerade auch die Medien sehr oft bei uns anfragen und sagen: „Haben Sie nicht jemanden, der im Fernsehen auftritt und über seine Armut spricht? Ich finde keinen.“ Und ich komme jetzt auch noch dazu, warum das so ist oder vielleicht später. Ich treffe jetzt mal einige Aussagen von Betroffenen: „Ich habe meinen Mann neun Jahre selbst gepflegt. Wir lebten gemeinsam in einer Wohnung des betreuten Wohnens mit 60 Quadratmeter. Nun ist mein Mann im Pflegeheim. Mit nur meiner Rente kann ich die Miete nicht finanzieren. Im Moment weiß ich nicht, wie es weiter gehen soll.“ Wir haben uns darum gekümmert, weil das ja immer noch ein Problem

ist. Und die beiden waren über 80 Jahre alt. Und stellen Sie sich einmal vor: Eine wohnt auf dem Lande und der andere ist jetzt in der Stadt. Wenn die sich besuchen wollen, dieses ältere Ehepaar, dann muss einer mobil sein und muss noch fahren können und so weiter. Die sind beide in einem neuen sozialen Umfeld, der Mann und auch die Frau. Dann: Ein Ehepaar, 59 Jahre und 62 Jahre, behindert, wohnen in einer 63 Quadratmeter großen Wohnung. Von der ARGE hatten sie die Aufforderung erhalten, auszuziehen, weil die Wohnung um 3 Quadratmeter zu groß ist. Die Umzugskosten in Höhe von 3.000 Euro wurden übernommen, aber nicht die zusätzlichen Mietkosten. Das ist so ein typisches Beispiel dafür, wie gerade in solchen Behörden auch der Ermessensspielraum nicht ausgenutzt wird. Ich denke, irgendwie solche Dinge führen dann letztendlich auch dazu, dass diese Ausgrenzung irgendwie wahrgenommen wird. Da, denke ich, brauchen wir noch ein anderes Bewusstsein. Dann ein anderes Beispiel: „Ich wohne mit meiner Mutter zusammen. Diese ist jetzt pflegebedürftig und im Heim untergebracht.“ Das ist so ähnlich. „Unsere gemeinsame Wohnung ist 66 Quadratmeter groß. Nun soll ich ausziehen, weil der Wohnraum für eine finanzielle Unterstützung meinerseits zu groß ist. Damit gehen meine sozialen Kontakte verloren.“ Da will ich nicht weiter was zu sagen. Eine nächste Betroffene: Sie hat neun Kinder geboren, seit 1978, zu DDR-Zeiten, nach 23 Jahren Ehe geschieden, 395 Euro Rente: „Ich musste vier Monate für meine Grundsicherung kämpfen.“ Also, sie hat auch wörtlich gesagt „kämpfen“. Also nicht, dass das nun eine einfache Sache war. Der Ausdruck dazu: „Jüngere sind gut informiert, was ihnen zusteht. Dies trifft für Ältere meistens nicht zu. Jüngere Leute sind selbstbewusster und fordernder als ältere.“ Ich komme dann noch dazu. Das Nächste, das war derjenige, der über das Sozialamt zu uns kam: Er ist Ingenieur für Bauwesen, hat 1990 eine Firma gegründet mit zuletzt 40 Beschäftigten, ein eigenes Haus gebaut, eine GmbH gegründet, 1992 in Konkurs gegangen, weil die Auftragnehmer nicht zahlten, Nervenzusammenbruch. „Ich hätte Anspruch auf Übergangsgeld gehabt, beraten hat mich aber keiner. Ich habe das Haus verkauft, Sozialhilfe, zur Mutter gezogen, Bewerbungen deutschlandweit gemacht. 15 Jahre fehlen in der Rentenberechnung. Die Rente jetzt 660 Euro, davon über 300 Euro Miete. Habe eine Karriere vom Millionär zum Bettler hinter mir, man fühlt sich wie ein Aussätziger.“ Weiter: „Ich kann mir Tageskarten für den ÖPNV nur ein- bis zweimal in der Woche leisten.“ „Vom Sozialamt ausgegebene Gutscheine werden nicht von anderen Handelsketten angenommen. Es tut weh, wenn man an der Kasse damit

abgewiesen wird. Das Schlimme ist, dass man sich dann schämt.“ Dabei möchte ich es belassen. Was sind die Ursachen für Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern, die wir da auch herausgearbeitet haben? Die unterbrochenen Erwerbsbiografien, dann geringer Verdienst, besonders bei Frauen. Natürlich minimieren auch die Eingriffe in das Rentenrecht die Rente für Bestandsrentner und für Neurentner, denn ich sage immer dieses Beispiel von 1990, wenn eine Frau dort mit 60 Jahren in Rente gegangen ist, dann – ich sage jetzt mal, sie hat 2.000 DM gehabt – hätte sie jetzt 1.000 Euro. Wenn sie heute mit 60 in Rente gehen würde, hat sie 18 Prozent Abschläge. 18 Prozent Abschläge sind dann 820 Euro. Wenn sie dann auch noch eine Ausbildung hat, die sieben Ausbildungsjahre hier nicht mehr angerechnet werden, dann fehlen nochmals 100 Euro. Also, das sind dann eben 30 Prozent weniger, wenn ich mit derselben Erwerbsbiografie jetzt in Rente gehe, als 1990. Also, das muss man immer sehen, dass diese Eingriffe nicht nur in Zukunft kommen, sondern auch schon die Bestandsrentner treffen. Und dann die verdeckte Armut, das hatte ich gesagt und das ging ja aus einigen Dingen schon hervor, die Informationsdefizite, zum Beispiel zur Inanspruchnahme der Grundsicherung, die teilweise vorhanden sind, dann Stigmatisierungsängste. Vor allen Dingen bei Älteren, weil die Angst auf den Zugriff der Kinder irgendwie unterschwellig vorhanden ist. Diese bestehenden Wissensdefizite müssen ausgeräumt werden. Ich weiß, dass die Hans-Böckler-Stiftung davon ausgeht, dass auf einen, der Grundsicherung bekommt, zwei bis drei Bezugsberechtigte kommen, die diese nicht beantragen, aus verschämter Armut oder eben aus Informationsdefiziten. Und dann die unterschiedliche Anwendung des Rentenrechts in den alten und neuen Bundesländern, zum Beispiel der Versorgungsausgleich für geschiedene Frauen. Also, die Frau, die neun Kinder geboren hat und sagt: „Alle meine Kinder zahlen jetzt in die Rentenkassen ein, aber ich wurde zu DDR-Zeiten geschieden und habe keinen Versorgungsausgleich.“ Warum muss – ich gehe jetzt nicht bloß auf Altersarmut ein – Armut insgesamt bekämpft werden? Die materielle Armut ist die Ursache für geringere Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, für geringere Inanspruchnahme von Bildungs- und Kulturangeboten – wenn ich an die Preise denke –, Mobilitätseinschränkungen, ich hatte hierfür Beispiele genannt, und auch die geringere Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement, denn es gilt der Satz: „Ein bürgerschaftliches Engagement muss man sich leisten können.“ Auch wenn man die Auslagen ersetzt bekommt, man muss immer erst in Vorleistung

gehen. Also, man kriegt es nachher ersetzt. Und dann der letzten Satz auf der Folie – „... und kann in der Summe aller Faktoren auch zu einer Gefährdung der Demokratie führen.“ Zum dritten Punkt, die Empfehlungen an die Enquete-Kommission. Wir brauchen einen Appell an die Öffentlichkeit, damit Armutsbekämpfung mehrheitsfähig wird. Dazu müssen wir mit den Betroffenen reden und nicht über sie. Und erst recht nicht mit Vorurteilen, die die Spaltung vertiefen. Deswegen habe ich Probleme, Menschen zu finden, die ihre Armut darlegen, weil immer noch der Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht: „Wer arm ist, ist selbst dran schuld.“ Und das ist nicht immer so. Wir haben Beispiele genannt oder auch ich habe einige genannt. Ich denke, da sollten wir genauer hinschauen. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keinen Armuts- und Reichtumsbericht. Wir haben also keine Daten in Mecklenburg-Vorpommern. Wir hatten schon mal einen Referentenentwurf – ich glaube, das war 2008 –, aber der sollte dann überarbeitet werden. Es sollte ein Bericht zur sozialen Lage der älteren Generation erarbeitet werden. Das kann man auch machen, aber ich möchte wirklich auch darauf hinweisen, dass dieser Bericht dann nicht nur Mittelwerte enthält, sondern, wie ich hier schon die Frage gestellt habe, auch Aussagen enthält, wie viele Einwohner sich am unteren Rand befinden. So wie Frau Dr. Haupt gesagt hat, dort müssen wir ansetzen. Wir können nicht mit „2 Prozent, das sind nur 5.600 Leute“, so arbeiten. Ich denke, das ist etwas, was nicht geht. Wir müssten, so wie bei der Rentenberichterstattung - deswegen hatte ich das hier auch gesagt – genau definieren, wie viele Prozent im unteren Bereich, im oberen Bereich und eben nicht bloß im Durchschnitt liegen. Vielleicht noch der Hinweis, wenn der Median genannt wird. Der Median ist auch ein Mittelwert. Also, es ist das arithmetische Mittel und es gibt den Mittelwert über dem Median. Auch bei dem Median liegen 50 Prozent darüber und 50 Prozent darunter. Der Median hat nur den Vorteil, dass er weniger anfällig ist gegen Ausreißer nach oben und nach unten. Wenn ich das arithmetische Mittel nehme, einer hat kein Vermögen, der andere hat eine Million, dann sage ich, im Durchschnitt haben die Leute 500.000 Euro. Das sind so Dinge, die nicht gehen. Also wenn man nur mit dem Durchschnitt arbeitet und wenn man etwas für diese Menschen tun will, dann muss man das differenzierter sehen. Und dann, Erhalt oder Schaffung von flächendeckenden Strukturen und Professionalisierung der sozialen Seniorenarbeit, um Ausgrenzung im Alter zu vermeiden, durch wen auch immer, durch Wohlfahrts- und Seniorenorganisationen, Sozialämter, Organisationen von

Nachbarschaftshilfen und so weiter. Und jetzt ganz aktuell vom 14. Mai 2013 das Programm der Bundesregierung zur Ent- beziehungsweise Weiterentwicklung kommunaler Konzepte und Strategien. Da werden Anlaufstellen für Senioren, die jetzt auch gefördert werden sollen, gefordert. Und dann nochmals hervorgehoben die Unterstützung der Initiativen zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West entsprechend dem Grundsatz: „Gleiche Rentenpunkte – gleicher Rentenzahlbetrag.“ Wenn jetzt auch die Differenz ab 1. Juli nur noch 2,40 Euro ist. Im Rentenpunkt sind es bei 40 Punkten auch immer noch 100 Euro im Monat, während es früher 140 Euro waren. Ich denke, es gab jetzt den von ver.di organisierten Ostrentengipfel, wo Frau Ministerin Schwesig sich dazu bekannt hat, dass das nach 23 Jahren Deutsche Einheit eine gesellschaftlich politische Aufgabe sei. Und schließlich die Einflussnahme auf die Rentengerechtigkeit, um Kindererziehungs- und/oder Pflegezeiten sowie Zeiten von Wehr- oder Zivildienst in Ost wie in West gleich zu bewerten. Ein Rentenpunkt, also für diese Zeiten, ist ja nur 25 Euro beziehungsweise 28 Euro wert. Also auch diese Zeiten werden unterschiedlich bewertet. Und das soll es gewesen sein. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen Dank, Frau Paetow. Gibt es Nachfragen zum Vortrag von Frau Paetow? Ich will drei Sätze sagen. Also, politische Initiativen zu initiieren, ich glaube nicht, dass das in erste Linie die Aufgabe der Enquete-Kommission ist. Die würden dann völlig unterschiedlich ausfallen, glaube ich, weil hier politische Parteien am Tisch sitzen, die unterschiedliche Vorstellungen haben. Hier sitzen externe Mitglieder, die vielleicht auch noch unterschiedliche Vorstellungen haben. Ich finde, also diese politischen Initiativen zu initiieren, ist dann mehr Aufgabe der Parteien oder auch des gesellschaftspolitischen Raumes. Das vielleicht ist der erste Satz. Der Zweite: Ich will nochmals darauf zurückkommen, was Anlass für uns gewesen ist, uns mit dem Thema zu beschäftigen. Die Enquete-Kommission hat sich bestimmte Themen gestellt und damit die Frage verknüpft: Wie kann der demografische Wandel in Mecklenburg-Vorpommern in diesen Themen bewältigt werden? Wann machen wir was? Wer macht es? Wie wird es finanziert? Und in dem Kontext ist natürlich auch die Frage von Bedeutung: Welches Eigenfinanzierungspotenzial haben ältere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?

Und ich sage mal, bis auf Herrn Prof. Dr. Ragnitz waren ja die Vorträge, die wir gehört haben, eher so, dass sich das bestätigt hat, was jeder von uns auch vermutet, nämlich dass der Anteil von Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der dargelegten Fakten nicht zurückgehen wird, sondern wir mit einer größeren Spreizung zu rechnen haben, die das Thema Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern eher befördern werden. Und damit ist natürlich die Frage verbunden, wenn die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Menschen nicht mehr in dem Umfang vorhanden sind, wie das heute noch der Fall ist: Wie werden dann Angebote, wie werden Strukturen, wie wird der Ausbau von Infrastruktur beziehungsweise auch deren Abbau, wie werden sie künftig finanziert werden? Ich glaube, das wird deutlich an Bedeutung gewinnen, weil jeder da seine eigenen Vorstellungen hat. Jeder verfolgt seine Partikularinteressen. Das wird sicherlich für uns ein spannender Prozess hier in der Enquete-Kommission, diese Dinge auszutarieren und gegebenenfalls dann auch – oder was heißt, gegebenenfalls – und unserem Vorhaben gemäß dann auch zu gucken, dass man zu einem Konsens kommt. Jetzt sehe ich die erste Wortmeldung von Herrn Blank. Bitte, Herr Blank.

Roland Blank: Danke, Herr Vorsitzender. Erst mal meinen herzlichen Dank an alle Referenten, die uns doch ein recht gutes Bild über die Situation und über die Perspektive gegeben haben, was sozusagen die Einkommensmöglichkeiten der in Rente gehenden Generationen – also auch meine Generation irgendwann mal – sozusagen betreffen wird. Für mich ergeben sich eigentlich zwei Dinge daraus. Zum einen: Wie verhalten sich letztlich die Kosten für die Lebensführung zur Einkommenssituation, die sich sicherlich in Mecklenburg-Vorpommern anders darstellen werden als in Hamburg oder München und in Rostock sicherlich noch anders als in Sternberg oder auf dem flachen Land? Das, denke ich, sind Fragen, die dann in den einzelnen Rubriken, die wir hier bearbeiten, Aussagen verlangen. Und weil ich ja nun den Bereich des Wohnens hier mehr präsentiere, auch fachlich präsentiere, wird dann natürlich eine Fragestellung in den Vordergrund rücken: Wie sichere ich das Sozialgut Wohnen auf Dauer für die ältere Bevölkerung, auch für einkommensschwache Menschen, Rentner, die sich das in Zukunft vielleicht nicht so leisten können? Das wird sicherlich eine Fragestellung sein, die ich mal so formulieren möchte: Wie sichere ich das bezahlbare Wohnen auch in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern? In welcher Weise auch immer, entweder, indem ich

Wohnungen subventioniere oder das Wohnen subventioniere. Das sind ja zwei verschiedene Wege. Man muss also schauen, in welche Richtung das geht, wie es ausgestaltet wird. Und da erhoffe ich mir natürlich nächste Woche, wenn die Expertise hier Aussagen trifft, in welche Richtung das in Zukunft gehen wird, das nochmals korrelieren zu lassen mit der Einkommenssituation, um daraus die entsprechenden Handlungsstränge auch für die Politik ableiten zu können. - Danke schön.

Vors. **Jörg Heydorn:** Herr Blank, da war jetzt keine Frage mit verbunden, das war eine Stellungnahme. Gut, ich gucke mal in die Runde. Gibt es sonst Fragen beziehungsweise auch Stellungnahmen? Herr Dr. Grabka.

Dr. Markus M. Grabka: Herr Blank hat ja eigentlich schon eine Frage gestellt, inwiefern sich das Preisniveau auf das Wohlstandsniveau auswirkt. Und ich kann Sie zumindest auf eine Veröffentlichung unseres Hauses hinweisen. Ich glaube, die haben wir Ende 2010 veröffentlicht, wo wir beispielhaft vom Statistischen Bundesamt und dem Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) genutzte regionalisierte Preisindizes herangezogen haben, um die Armutsrisikoquote in Deutschland Ost und West beispielhaft auszurechnen, auch anhand des Gini-Koeffizienten zur Einkommensungleichheit.¹ Ich habe jetzt die Zahlen wahrlich nicht im Kopf, aber ich kann Sie auf diese Veröffentlichung hinweisen beziehungsweise, wenn Sie mir Ihre E-Mail geben, dann kann ich Ihnen auch die Publikation am Montag zusenden.

Vors. **Jörg Heydorn:** Herzlichen Dank. Ich habe eine Sache, die ich kurz klären möchte. Herr Prof. Dr. Ragnitz kommt aus Bitterfeld. Was in Bitterfeld zurzeit los ist, muss ich in dieser Runde keinem sagen. Wenn Fragen an Herrn Prof. Dr. Ragnitz gestellt werden sollen, dann möchte ich bitten, die vorzuziehen, weil uns ansonsten Herr Prof. Dr. Ragnitz verlassen möchte und zusehen will, dass er nach Hause kommt. Also, gibt es Fragen an Herrn Prof. Dr. Ragnitz? Das scheint nicht der Fall zu

¹ DIW (2010), Jan Goebel, Peter Krause, Joachim R. Frick, Markus M. Grabka und Gert G. Wagner: Eine exemplarische Anwendung der regionalisierten Preisniveau-Daten des BBSR auf die Einkommensverteilung für die Jahre 2005 bis 2008. SOEPpapers 284, Berlin, März 2010 [Eine auf die inhaltlichen Ergebnisse gerichtete Kurzfassung in Jan Goebel, Joachim R. Frick und Markus M. Grabka: Preisunterschiede mildern Einkommensgefälle zwischen Ost und West. DIW-Wochenbericht 51-52/2009]

sein. Herr Prof. Dr. Ragnitz, ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie für uns Zeit gehabt haben. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und vor allen Dingen, dass Sie nicht von Hochwasserschäden betroffen sind.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz: Vielen, vielen Dank auch, dass Sie mir freigeben hier. Und ja, drücken Sie mir die Daumen. Wenn sonst Fragen im Nachgang sind, kein Problem, schicken Sie diese per E-Mail. Ich antworte auf jeden Fall.

Vors. **Jörg Heydorn:** Gut, vielen Dank. Jetzt habe ich gesehen, Frau Dr. Hill hatte sich gemeldet. Bitte schön. Ich glaube, wir machen das wieder folgendermaßen in altbewährter Manier: Wir sammeln insgesamt drei Wortbeiträge und dann lassen wir das klären.

Dr. Renate Hill (Geschäftsführerin des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e. V.): Vielen Dank für die Referate, die ja aus verschiedenen Sichten noch mal ein ganz gutes Bild geben, wie die Situation ist. Und ich danke auch Ihnen, Herrn Heydorn, dass Sie uns nochmals aufgezeigt haben, warum das für uns eigentlich wichtig ist. Und da ist mir aufgefallen, dass mir diese Fiktion auf eine Armutsgrenze – egal, ob die 20 Euro tiefer oder höher ist – eigentlich gar nicht so viel bringt. Die Frage ist doch: Wie viel Spielraum bleibt dann noch für die Rentner und Rentnerinnen oder die zukünftigen Rentner und Rentnerinnen, wenn die fiktiven Ausgaben nicht mehr da sind? Und da wäre es für mich sicherlich nochmals überlegenswert, ob man da nicht eine andere Basis zugrunde ziehen könnte, wenn man die verschiedenen Themen behandelt. Also, es reicht mir nicht, nur die Leute im Blick zu haben, die eine Grundsicherung kriegen, sondern auch die, die ein bisschen mehr haben und sich trotzdem nichts leisten können. Ansonsten erhalten wir ein schiefes Bild. Also, das wäre sicher noch mal zu überlegen. Wie könnten wir das vielleicht besser so fassen, dass wir auch die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, die ja in allen Bereichen, die wir bearbeiten werden, in der Enquete-Kommission eine Rolle spielen werden?! Und da weiß ich nicht, ob vielleicht jemand von den Wissenschaftlern eine Idee hätte. Dies würde mir sehr helfen.

Vors. **Jörg Heydorn:** Also, ich würde das gern präzisieren. Auch der Begriff der relativen Einkommensarmut ist ja nicht sonderlich gut geeignet. Wenn man den

zugrunde legt, dann werden die Leute in Griechenland jetzt alle immer reicher, weil insgesamt das Einkommensniveau dort stark sinkt. Man sollte wirklich einmal der Frage nachgehen: Welche Definition wäre denn aus Ihrer Sicht wirklich eine zielführende, an der man sich orientieren könnte, wo man sagen kann, also das sollte jetzt wirklich der Begriff von Einkommensarmut, von Altersarmut oder wie auch immer sein?! Herr Dr. Grabka und dann Herr Dr. Kortmann.

Dr. Markus M. Grabka: Also, es ist in der Tat so, dass ich auch selbst mit der Definition der Armutsrisikoquote nicht wirklich rundum glücklich bin, weil sie diverse Nachteile hat. Sie hatten ja auch welche genannt. Aber nichtsdestotrotz, was man vielleicht hier erst mal vorschlagen kann aufgrund Ihres Einwandes: Man sollte eine Anfrage stellen an das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, ob eine Einkommensschichtung älterer Menschen, zum Beispiel nach den Zielen, auf Basis des Mikrozensus vorgenommen werden könne. Da erhalten Sie relativ einfach die Information über klumpende Einkommen von älteren Menschen rund um die Grundsicherungsschwelle oder um die Armutsrisikoschwelle. Ich habe die Informationen nicht. Ich hätte Ihnen diese gern berechnet, aber ich habe den Mikrozensus 2011 schlicht und einfach nicht. Aber das ist für das Statistische Landesamt eine sehr einfache Angelegenheit. Vielleicht aber trotzdem noch zu der alternativen Armutsdefinition. Auch das Statistische Bundesamt zieht die soziale Deprivation als alternativen Indikator heran. Und auch die liegen mir, zumindest nicht regionalisiert, vor. Das müsste auch vom Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise, einfach auf Basis der EU-SILC-Daten², zu berechnen sein. Ich würde da schlicht und einfach eine klare Anfrage an die entsprechende Behörde stellen.

Vors. **Jörg Heydorn:** Herzlichen Dank. Herr Dr. Kortmann bitte.

Dr. Klaus Kortmann: Vielleicht noch mal ein ganz kurzer Hinweis zur relativen Armutsgrenze. Das ist ein relatives Maß. Man kann relative Armut nicht bekämpfen, denn wenn man das bekämpft, es wird immer 60 Prozent der Bevölkerung geben, die unterhalb dieser Schwelle liegen. Wenn man das unten ...

² Für weitere Informationen über materielle Deprivation, siehe Silvia Deckl (2013): „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union“, Wirtschaft und Statistik, März 2013, S. 212 – 227.

(Dr. Markus M. Grabka: Falsch!)

Natürlich stimmt das.

(Dr. Markus M. Grabka: Nein!)

Du hast immer, wenn ...

(allgemeine Unruhe)

Vors. **Jörg Heydorn**: Also, ich schlage Folgendes vor: Sie lassen Herrn Dr. Kortmann ausführen und dann geht es hier der Reihe nach. Das Wort wird dann durch den Vorsitzenden erteilt und dann klappt das hier wunderbar.

Dr. Klaus Kortmann: Also, Herr Dr. Grabka hat natürlich insofern recht, man kann sich natürlich die unteren 50 Prozent der Einkommensverteilung anschauen und kann sagen: „Okay, denen will man helfen.“ Aber das ist eine Augenblicksbetrachtung. In dem Augenblick, wo man ihnen geholfen hat, ist man wieder da, wo man vorher war. Wir haben wieder 60 Prozent, die unten drunter liegen. Ich glaube letzten Endes trotzdem, dass das Problem in der politischen Diskussion liegt. Man braucht tatsächlich eher ein absolutes Maß, weil man auch wirklich eine griffigere Größe hat. Man kann sich eben unter einer absoluten Armutsgrenze etwas Genaueres vorstellen. Dahinter steht dann letzten Endes auch die Vorstellung, zumindest von einem Warenkorb, auch wenn das nicht mehr so in letzter Zeit durchgezogen worden ist. Und dann hat man auch eine Vorstellung, was man damit insgesamt macht. Das gilt ja insbesondere für die Hartz-IV-Gesetze. Wenn man sieht, da kann man es nominell betrachten, dass pro Kind unter 14 Jahren 2,68 Euro für den Lebensunterhalt eines Kindes pro Tag vorgesehen sind, dann kann man sich vorstellen, wie niedrig die Sätze liegen. Das kann man viel genauer hinterfragen, was es damit auf sich hat und kann damit viel stärker politisch ansetzen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Herr Dr. Kortmann, ich würde Folgendes vorschlagen: Frau Gajek hat sich jetzt gemeldet, aber da gab es ja gleich spontan zwei Wortmeldungen, nämlich von Herrn Dr. Grabka und von Frau Loose. Ich würde gern die beiden jetzt sich dazu äußern lassen und dann steigen wir hier wieder in die Rednerliste ein. Herr Dr. Grabka.

Dr. Markus M. Grabka: Nur eine kleine Berichtigung zu Herrn Dr. Kortmann. Nehmen wir die Armutrisikoschwelle des Mikrozensus, die ist meines Wissens derzeit bei 850 Euro. Wenn ich mir schlicht und einfach einen staatlichen Transfer, irgendein neues Instrument einfallen lasse und genau alle Menschen, die unterhalb diesen 850 Euro auf 850,01 Euro hochsetze, dann habe ich genau eine Armutrisikoquote von null. Also, das heißt, man kann natürlich die Armut soweit bekämpfen, dass sie reduziert wird. Dann kann man Ihre Aussage nicht so stehen lassen.

Vors. **Jörg Heydorn**: So, jetzt Frau Loose, bitte.

Brigitte L. Loose: Auch nur eine Ergänzung. Ich würde auch noch mal ein Plädoyer für diese Grundsicherungsquote abgeben wollen, und zwar weil in dieser Grundsicherungsquote auch tatsächlich Bedarfe berücksichtigt sind. Das heißt, wenn ich in einer Gegend wohne, wo die Mieten sehr hoch sind, dann ist das in der Grundsicherungsquote mit drin. Das ist im anderen Maße unter Umständen nicht so. Wenn ich Sonderbedarfe habe, weil ich eine Behinderung habe, dann ist das in dieser Grundsicherungsquote mit drin. Das heißt, es betrifft alle, die aus eigenen Mitteln ihre Existenz nicht sichern können. Also, es lässt sich zum einen gut messen und zum anderen, wie gesagt, ist es dieser Blickwinkel auf den individuellen Bedarf, der bei Menschen unterschiedlich ist. Sie sehen es ja auch deutschlandweit, die Grundsicherungsbedarfsbeträge, die unterscheiden sich. Also die liegen zwischen etwa 500 bis etwas über 700 Euro. Also diese Grundsicherungsquote passt schon relativ gut zu den Ressourcen. Das wollte ich jetzt noch einmal ergänzen. Was nicht heißt, dass es nicht sehr sinnvoll ist, gerade auch die Einkommensbereiche, die kurz darüber liegen, also die sozial empfindlich und verletzlich sind, auf kleine Veränderungen näher zu beleuchten. Aber dieser Indikator Grundsicherungsquote

hat schon auch Vorteile. Man kann ihn gut messen und, wie gesagt, der Bedarf ist darin berücksichtigt.

Vors. **Jörg Heydorn**: Vielen Dank, Frau Loose. Frau Gajek.

Abg. **Silke Gajek**: Danke, Herr Vorsitzender. Ich danke Ihnen.

Vors. **Jörg Heydorn**: So bin ich.

Abg. **Silke Gajek**: Ja, kennen wir. Ich danke Ihnen recht herzlich für die Ausführungen, weil gerade die Debatte auch nochmals gezeigt hat, dass es da sehr unterschiedliche Ansätze gibt. Ich habe mich jetzt die ganze Zeit gefragt: Gibt es eigentlich belastbare Ergebnisse, Zahlen darüber, wie Vermögen und Einkommen im Land verteilt sind? Weil es ist doch immer wieder herausgestellt worden, dass es die Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt, möglicherweise auch zwischen Ost und West, Nord und Süd, wie es auch bei der Binnenwanderung in dem Tivig-Gutachten aufgeführt ist. Können Sie dazu nochmals Aussagen treffen und vielleicht uns da ein Stück weit aufklären?

Vors. **Jörg Heydorn**: Also, ist es die Frage nach Einkommens- und Vermögensverteilung allgemein in Mecklenburg-Vorpommern? Frau Dr. Haupt, können Sie uns da weiterhelfen?

Dr. Hanna Haupt: Ob ich weiterhelfen kann, weiß ich nicht. Ich würde aber empfehlen, die im Statistischen Landesamt vorhandenen Daten der EVS – also Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – doch etwas näher zu untersuchen und dazu den Forschungsfall vom Forschungsdatenzentrum zu nutzen, denn dann kann man nämlich auch die Schichtung bis an den unteren Rand und bis in die höchsten Gruppen errechnen und kann Tendenzen ablesen, die man aus gruppierten Zahlen und noch viel weniger aus Durchschnittszahlen ersehen kann. Also, ich glaube, Daten liegen vor. Wie umfangreich die Stichprobe ist, müsste geschaut werden. Aber sie ist gelaufen als Forschungsarbeit des Landesamtes, dann müsste sie auch gesichert sein.

Vors. **Jörg Heydorn**: Also, eine andere Möglichkeit wäre, vielleicht mal in die MORO-Regionen reinzugucken. Es kann sein, dass dies im Rahmen der MORO-Projekte, die meines Wissens nach gelaufen sind – zumindest in den jetzigen Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte und Nordwestmecklenburg –, dass da solche Sachen auch mal angeguckt worden sind. Ansonsten mache ich folgenden Vorschlag: Wir haben ja jetzt schon mehrfach den Hinweis auf das Statistische Landesamt bekommen. Wir werden seitens des Ausschussesekretariates die Dinge mal aufgreifen, die hier angesprochen worden sind. Wir werden mal gucken, in welcher geeigneten Art und Weise wir das an das Statistische Landesamt herantragen können und schauen, was wir letztendlich für Leistungen geliefert bekommen. Ist das in Ordnung? Gut! Dann hatte sich Herr Deiters gemeldet. Nein, falsch. Erst Herr Wiechert und dann Herr Deiters. Er hatte sich schon gemeldet, aber erst war Herr Wiechert dran und dann Herr Deiters.

Markus Wiechert (Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland beim Landtag und der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern): Vielen Dank für das Wort. Ich möchte mich beziehen auf eine Aussage von Frau Loose. Sie sagten, dass niedrige Renten nicht zwingend ein Grund sein müssen für Altersarmut. Mir ist nicht hinreichend deutlich geworden, wie dann die große Gruppe derer, die eine Rente bekommt, die unter 686 Euro im Monat liegt, wie die Befragung ja deutlich gemacht hat, wie diese Gruppe dann Altersarmut kompensiert, beziehungsweise ist es deutlich geworden, dass ja nach Aussagen anderer Studien bei uns im Land 19,5 Prozent Grundsicherung beziehen. Also wie ist diese Lücke, die sich da auftut, zwischen der großen Gruppe, die eine geringe Rente hat, und der kleinen Gruppe, die Grundsicherung bezieht, hinreichend zu erklären? Ich habe da vage Thesen gehört, aber eigentlich keine Erklärung, die mir das deutlich gemacht hat.

Vors. **Jörg Heydorn**: Gut, Herr Deiters.

Thomas Deiters: Das geht vielleicht über das heutige Thema ein bisschen hinaus, hängt aber eng damit zusammen. Also, Sie haben dankenswerterweise ja ein sehr umfassendes Bild geliefert, auch mit teilweisen Differenzierungen in den einzelnen Aussagen. Aber die Frage aus meiner Sicht stellt sich, ob Sie uns sagen können,

inwieweit die Einkommens- und Vermögenssituation der Älteren - wie sie sich auch zukünftig entwickelt - einerseits Auswirkungen haben kann auf das Angewiesensein auf öffentliche Infrastruktur und andererseits auf die Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, inwieweit es da eventuell Rückkopplungseffekte gibt? Dass man damit rechnen kann, wenn wir zum Beispiel Regionen haben mit einer sehr starken Zunahme von Altersarmut, dass sich das insgesamt dann weiter auswirkt auf das Einkommensniveau und auch natürlich auf die Situation der älteren Menschen, die in der kommenden Kohorte Rentner werden. - Danke.

Vors. **Jörg Heydorn**: Danke, Herr Deiters. Ich würde jetzt Folgendes machen: Frau Stramm hatte sich als Nächste gemeldet. Geht es unmittelbar dazu? Okay, dann Frau Stramm.

Abg. **Karen Stramm**: In Ergänzung zu der Frage von Herrn Wiechert. Wir haben ja hier heute viel gehört zur verschämten Armut. Herr Wiechert stellte ja gerade die Frage. Mich würde interessieren, ob es denn irgendwelche belastbaren, also belastbare sicherlich nicht, aber überhaupt irgendwelche Zahlen oder irgendwelche Annahmen gibt. Frau Paetow hatte uns anhand von Beispielen diese sogenannte verschämte Armut erklärt. Von welcher Größenordnung sprechen wir da eigentlich?

Vors. **Jörg Heydorn**: Gut. Also, ich würde jetzt erst einmal Frau Loose um Beantwortung bitten und dann gehen wir unsere Experten mal der Reihe nach durch, weil ich denke, die Frage von Herrn Deiters richtete sich an alle. Frau Loose, Sie fangen an.

Brigitte L. Loose: Und ich sage etwas zu der Lücke. Ich habe mich das natürlich auch gefragt: Wie kann es sein, so viele niedrigen Renten und so eine niedrige Grundsicherung? Also, wie schaffen die das, nicht bedürftig zu sein, obwohl sie nur so niedrige Renten kriegen, weil wir ja heute gleichzeitig gehört haben, die Renten sind fast das Einzige, was sie ganz offenbar erhalten? Also, irgendwo stimmt was nicht. Oder wie geht das zusammen? Ich denke, der simpelste Zusammenhang ist tatsächlich der Familienzusammenhang und der Haushaltskontext. Die meisten Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben zusammen. Dadurch ist es ihnen möglich, den gemeinsamen Haushaltsbedarf zu decken. Ich denke, das ist die

Hauptursache. Der zweite Punkt: Natürlich fließen noch andere Transfers dazu, andere Einkommen. Ein Teil kann sein – da haben wir heute auch darüber geredet –, eingesparte Miete durch Wohneigentum könnte eine Erklärung sein. Also, ich bin jetzt auch im Bereich der Spekulationen, als Rentenversicherung wissen wir das nicht. Das können wir auch nicht wissen. Wir kennen nur diese niedrige Rente und können sie ausweisen. Aber das wären so meine Hauptvermutungen, dass es in erster Linie daran liegt. Es kann ein Teil auch Wohngeld sein. Also wer Wohngeld kriegt und damit, also kann ja unter Umständen damit auch den Grundsicherungsbezug vermeiden. Also, da könnte auch noch ein Teil daraus gedeckt werden, also die Lücke. Verschämte Armut: Sicherlich gibt es Leute, die einen Anspruch hätten und diesen nicht realisieren, indem sie da nicht hingehen. Aber lückenlos, belastbar, empirisch kann ich Ihnen die Lücke nicht erklären, nur mit so einigen Hinweisen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Möchten Sie sich zu der Frage von Herrn Deiters noch äußern? Also, zu der Frage: Inwieweit muss Einkommensarmut durch öffentliche Leistungen substituiert werden? So habe ich die verstanden.

Brigitte L. Loose: Ich jetzt? Ja, finde ich gut.

Vors. **Jörg Heydorn**: Gut, Frau Loose findet das gut. Dann würde ich jetzt die Frage zunächst weitergeben an Frau Dr. Haupt.

Dr. Hanna Haupt: Also, meiner Meinung nach besteht diese Kluft zwischen geringen Renten und minimalen Quoten bei der Grundsicherung. Frau Loose hat schon auf die haushaltsinternen Umverteilungen hingewiesen. Und hier ist für mich eigentlich der Punkt angesetzt, wo wir genauer hinschauen müssen, damit wir die Differenzierung mitbekommen. Denn, selbst bei Ehepaaren, wo ja im Haushalt umverteilt wird und manches auszugleichen ist, geht das alles nur bis an das Existenzminimumsniveau. Und wir sind verpflichtet, uns auch die Gefahrenquellen anzugucken oder Gefährdungsquellen, wo zum Beispiel beide Ehepartner alt geworden sind mit Rentenanwartschaften, die auf Niedriglöhnen beruhen, also die auch im Alter beide eine geringe Rente haben. Ob das nun 1 Euro über dem der Armutsgrenze ist oder nicht, das interessiert mich in dem Sinne überhaupt nicht,

sondern ich muss die Gefährdungsschwelle ansetzen und sagen, fallen die beiden darunter oder nicht. Wir haben eine neue Gefährdung. Das sind die Absenkungen der Erwerbsminderungsrenten in Folge Nachhaltigkeits- und Riester-Faktor und so weiter, bei denen wird wesentlich mehr zugeschlagen als bei den Altersrenten. Wenn beide eine solche Erwerbsminderungsrente bekommen – und das ist ja kein Einzelfall –, dann kann auch hier eine besondere Gefährdung entstehen. Ansonsten kann ich nur unterstreichen: Alleinlebende Männer und Frauen mit einer geringen Qualifikation und mit großen Arbeitslosigkeitslücken sind alle hier drunterzurechnen unter dieser gefährdeten Gruppe, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Wir müssen auch sehen, dass in mancher Familie auch zwischen den Generationen umverteilt wird, um den Gang auf das Sozialamt auszugleichen. Bei vielen regionalen Untersuchungen, die ich auch selber mit Älteren gemacht habe, haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht: Ehe die Mutter oder der Vater zum Sozialamt geht, dann drücken die Jungen was rüber. Und diese Ausgleiche, wo verschämte Armut verdeckte Armut wird, die haben das statistisch natürlich nicht erfasst. Und die Lücke ist wahrscheinlich doch erheblich größer, als wir es alle zusammen einschätzen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Danke, Frau Dr. Haupt. Herr Dr. Kortmann.

Dr. Klaus Kortmann: Ja, ich habe ja von unserer Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“ erzählt. Das ist ja eine repräsentative Befragung. Wir haben die Daten ganz, ganz sorgfältig geprüft. Das heißt, wir hatten zehn Leute, die für neun Monate lang diese Daten im Einzelfall geprüft haben. Wir haben uns natürlich auch die Frage gestellt: Wie können bestimmte Personen mit Einkommen überhaupt leben? Und stimmt das überhaupt, was die uns berichten oder sind da nicht vielleicht Erfassungsfehler darin oder Angabefehler oder was auch immer? Es kommt dann eine ganze Reihe von Faktoren zutage. Es gibt Personen – ich habe ja auch selbst darauf hingewiesen –, etwa 30 Prozent, haben Sparzinseinnahmen. Das heißt, dahinter steht dann ein wie auch immer geartetes Sparguthaben, was noch da ist. Und sie können erst dann Hartz IV beantragen, wenn dieses Sparguthaben auf einen bestimmten Mindestbetrag abgeschmolzen ist. Das sind ja auch gerade bei Hartz IV sogenannte Abschmelzer. Das ist ja ein ganz böartiger Begriff, beschreibt aber Personen, deren Einkommen unter der Hartz-IV-Grenze liegt und die eben solange ihr Vermögen verbrauchen müssen, bis hin zum Verkauf von Sachvermögen,

Wohnungen und dergleichen mehr, bis sie überhaupt Anwartschaften haben. Das ist ein ganz großer Faktor. Und gerade bei ehemaligen Selbstständigen erleben wir das, dass wir erfahren, die verkaufen Stück um Stück Inventar, das sie vielleicht noch gerettet hatten, das heißt, dass die Personen sich dann irgendwie über die Runden retten. Und dann kommt hinzu, dass viele Personen tatsächlich bis zum Gehtricht mehr sparen. Das heißt, sie essen dann ganz wenig, sie ernähren sich nur noch auf billigste Art und Weise, kaufen natürlich bei Billiganbietern, wenn es die denn in ihrem Umfeld gibt. Auch ein Aldi ist nicht überall auf dem flachen Land, muss man auch wiederum sehen. Das heißt, da entstehen auch wieder mehr Kosten. Und die Leute müssen auch erst mal hinkommen zu den Billiganbietern. Und die kleinen Tante-Emma-Läden auf dem Land sind zum Teil teurer als der Aldi in der Stadt. Also, das ist wieder gegenläufig. Und dann habe ich gerade gestern Abend gefunden hier in der Mecklenburg-Vorpommerschen Zeitung: „Tafel in Warin – Die Wariner Tafel speist momentan 300 Bedürftige.“ In Warin, in einem Ort. Ich kenne Warin offen gestanden nicht. Ich weiß nicht, wie groß er ist. Aber man müsste das mal in Relation setzen zu der Bevölkerung dort. Man müsste mal ausrechnen, wie groß der Anteil der Bevölkerung ist, die da von dieser Tafel profitiert, die dann mit diesen Tafelgaben letzten Endes und Inanspruchnahme vieler negativer Begleiterscheinungen auch versuchen, sich noch zu retten. Und es gibt in Deutschland ein Erfolgsmodell in den letzten 20 Jahren, das sind die Tafeln. Es gibt inzwischen 1.000 Tafeln in Deutschland. Die sind ins Kraut geschossen, wie ganz wild. Man könnte das als Erfolgsmodell sehen. Man kann natürlich ganz genauso gut fragen: Müsste denn nicht jeder, der eine Tafel aufmacht, gründet, müsste der nicht ganz laut schreien und sagen: „Wir sind praktisch nur der Reparaturbetrieb des Staates, der es nicht schafft, Personen aus sozialen Mitteln zu ernähren.“ Also mit den Mitteln, von denen eben gerade Frau Loose gesprochen hat oder nach denen Sie gefragt haben. Es heißt, es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die dann unter dem Strich dazu führen, dass die Personen tatsächlich mit niedrigem Einkommen unterhalb der Grenze leben. Und man muss natürlich auch sehen, es gibt auch unterhalb der Grenze, die Einkommensverteilung ist an der Stelle ziemlich stark konzentriert, es gibt auch viele Fälle von Personen, deren Einkommen um 10, 20 oder vielleicht 30 Euro unter der Grenze liegt. Die denken natürlich, es lohnt sich einfach nicht, da einen Antrag zu stellen, zum Amt zu gehen und alle negativen Begleiterscheinungen in Kauf zu nehmen, die damit verbunden sind. Das muss man natürlich auch berücksichtigen.

Das heißt, man muss sich die Einkommensverteilung an der Stelle genauer anschauen. Und da sind allerdings auch die Statistiken, über die verfügt auch der Mikrozensus, wie Herr Dr. Grabka genannt hat, an der Stelle ein bisschen ungenau, weil dort auch nur mit Größenklassenlisten gearbeitet wird. Das muss dann geglättet werden. Da geht dann der eine oder andere vereinheitlichte Grat um die Armutsschwelle letzten Endes verloren.

Vors. **Jörg Heydorn**: Danke schön. Herr Dr. Grabka.

Dr. Markus M. Grabka: Ja, es wurde ja die Frage gestellt, inwiefern die öffentliche Daseinsvorsorge tatsächlich vor neuen Herausforderungen steht? Und ich würde sagen, vor einer doppelten. Und zwar, auf der einen Seite haben wir natürlich die Tendenz – und das sehen wir ja jetzt schon –, dass die Zahl der Grundsicherungsbezieher in Deutschland einfach insgesamt steigt. Ganz langsam. Die Raten sind ja erfreulich niedrig, aber die Tendenz ist klar, sie steigt. Sie wird eben auch in Mecklenburg-Vorpommern steigen und aller Wahrscheinlichkeit nach hier eher überdurchschnittlich. Aber das alleine wird es ja nicht sein, dass eben nur die Grundsicherung betroffen ist, sondern natürlich wird auch – und das sehen wir jetzt schon – Wohngeld überdurchschnittlich in Anspruch genommen. Warum sich das ändern sollte, sehe ich eher nicht, sondern das wird wahrscheinlich auch eher im oberen Bereich bleiben. Auch eine Herausforderung wird – weil eben ältere Menschen so stark klumpen im unteren Einkommensbereich – der Bereich des Pflegegeldes sein. Dass der Staat älteren Menschen, die in Altenbetreuungseinrichtungen untergebracht werden müssen, dann der Staat eben entsprechend aktiv werden und einspringen muss, um dieses Pflegegeld auch zu finanzieren. Also, wir haben allein auch da einige Herausforderungen. Die zweite Herausforderung ist: Weil wir so viele ältere Menschen haben, die nicht so wohlhabend sind, wird schlicht und einfach das, was wir als private Dienstleistung sonst in Deutschland insgesamt relativ intensiv in Anspruch nehmen ... Und ich habe gerade zufällig gestern relativ intensiv über Seniorenresidenzen gesprochen. Das ist ja ein Phänomen. Vor zehn Jahren gab es das eigentlich so vom Gefühl her gar nicht. Seniorenresidenzen sprießen, zumindest in bestimmten Regionen Deutschlands, regelrecht aus dem Boden. Das ist aber nur ein ganz bestimmtes Klientel, was da bedient wird. Die Breite der Masse der älteren Menschen kann sich

diese Art und Form von privater Dienstleistung – und jetzt nicht nur Seniorenresidenzen, sondern weitere Formen von privaten Dienstleistungen – nicht leisten. Also müssen dann entsprechend diese Menschen dann auch weiter zusätzlich noch vom Staat entsprechend aufgefangen werden, weil der Staat muss dann öffentliche Güter dann auch für mehr als nur diejenigen, die Grundsicherung benötigen, im Bereich zur Verfügung stellen, also zum Beispiel Stichwort Transportwesen wahrscheinlich.

Vors. **Jörg Heydorn**: Ich würde das gern noch mal aufgreifen. Also die Frage, die Herr Deiters stellt, ist ja schon von ganz weitgehender Bedeutung. Ich will an Folgendes erinnern: Wir haben in der letzten Sitzung den Staatssekretär des Finanzministeriums hier an diesem Tisch gehabt. Und der sagt: „Dass das Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern Auswirkungen auf den Landeshaushalt hat, das kann ich noch nicht erkennen. Weil, auf der einen Seite gibt es Sozialleistungsansprüche, während auf der anderen Seite, das Thema Grundsicherung wird ja jetzt soweit durch den Bund refinanziert. Und insofern sehen wir als Finanzministerium keine weiteren öffentlichen, also keine weiteren Belastungen auf unseren öffentlichen Haushalt zukommen. Andere Informationen sind mir nicht bekannt.“ Das ist also seine Aussage. Und für uns ist das natürlich eine völlig spannende Frage zu klären, ist es denn so? Und für uns wird es auch eine ganz spannende Frage sein zu versuchen, hier bestimmte Faktoren zusammenzuführen. Also das Land Mecklenburg-Vorpommern unterliegt einem erheblichen Konsolidierungsbedarf. Wir werden konsolidieren müssen, ansonsten wird die Eigenständigkeit von Mecklenburg-Vorpommern nicht aufrechtzuerhalten sein. Auf der anderen Seite wird es meines Erachtens noch so sein, wie Sie es beschreiben, dass das Thema „Alterung dieses Landes“ dazu führt, dass man innerhalb des öffentlichen Haushaltes vielleicht andere Schwerpunkte setzen muss. Und das muss man sich, denke ich, also im Detail ganz genau angucken. Und ich denke, was diese Frage angeht, muss man konstatieren, dass Antworten heute eher vage bleiben und wir wohl die Notwendigkeit haben, das uns etwas dezidierter anzugucken und uns die Frage zu stellen, wer kann uns helfen, hier an die entsprechenden Erkenntnisse zu kommen. Frau Loose.

Brigitte L. Loose: Ich denke, also klar im Zentrum steht hier: Wie geht es den Alten, wie wird es ihnen in Zukunft gehen? Aber das hat für mich auch noch einen Aspekt der Vorsorge. Also wir sind jetzt sehr stark auf Nachsorge orientiert, sitzen da und denken: Wie viel Armut wird auf uns zukommen? Das ist ja sehr wichtig für die Finanzplanung, aber letztendlich reden wir ja von der Zukunft, von Leuten, die in Zukunft alt sind. Insofern, wenn wir schon wissen, welche Gruppen, die sind heute ja mehrfach benannt worden, ein besonders hohes Armutsrisiko haben, eben die Langzeitarbeitslosen, erwerbsgeminderte Leute, die irgendwie Minijobs machen und so weiter, also wenn wir die Ursachen schon kennen, dann würde ich das einfach nur noch mal reinbringen wollen, die nicht ganz aus dem Auge zu verlieren. Also nicht nur hinterherlaufen, sondern tatsächlich auch noch ein Stück weit mitzudenken. Also so was wie Beiträge für Langzeitarbeitslose, Rentenversicherungsbeiträge, dass sie tatsächlich in der Zeit, diese Zeiten nicht als Komplettausfall verbuchen müssen, ist was, was natürlich Mecklenburg-Vorpommern als Land jetzt erst mal für sich so nicht beschließen kann. Aber ich denke, es ist trotzdem wichtig, auch diesen, eher noch mal ein bisschen präventiveren Ansatz auch nicht aus dem Blick zu verlieren, auch wenn man ja ein bisschen Sorge hat, dass man relativ viel Nachsorge betreiben muss in naher Zukunft.

Vors. **Jörg Heydorn:** Ja, vielen Dank. Weitere Fragen sehe ich nicht.

(Zuruf von Dr. Klaus Kortmann)

Sie können gerne, Herr Dr. Kortmann.

Dr. Klaus Kortmann: Ich möchte vielleicht noch mal einen Punkt aufgreifen, der vorhin auch schon angesprochen worden ist: Das ist die private Vorsorge in Form von Riester-Verträgen. Riester-Verträge, das hatte ja Frau Loose gesagt, die sind hier in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt weit verbreitet. Bei Frauen ist der Anteil etwas höher sogar als bei Männern, aber man muss sehen, dass diese Beträge zu einem erheblichen Teil stillgelegt sind, also gar nicht mit Barbeiträgen belegt werden, dass sie zu einem großen Teil mit sehr niedrigen Beiträgen belegt werden, dass der Anteil derjenigen, die wirklich an die 4-Prozent-Grenze raufgeht und die 4 Prozent Beiträge zahlt, dass der relativ gering ist. Und es gibt darüber auch keine

vernünftigen belastbaren Zahlen. Es gibt auch bereits einen Anteil von Riester-Verträgen, die inzwischen wieder gekündigt sind und letzten Endes unter dem Strich dann zu Verlusten geführt haben bei den Betroffenen, weil die natürlich erst mal die Anlaufgebühren, die Anlaufkosten abdecken mussten. Also man darf hier an der Stelle keine allzu hohen Erwartungen hegen. Und ich möchte noch auf eines hinweisen, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der Riester-Beitrag beläuft sich nach den Vorstellungen des Gesetzgebers auf maximal 4 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommens. Wir diskutieren hier, wenn es um Rentendiskussionen geht, manchmal um die Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge um 0,1/0,2 oder 0,3 Prozentpunkte. Das heißt, das verteilt sich dann wiederum hälftig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier geht es aber um 4 Prozent. Das heißt, das bis zu 20-Fache dessen, was ausschließlich durch die jeweilig Betroffenen finanziert werden muss. Und ganz, ganz viele Leute sind aufgrund ihrer Einkommenssituation einfach nicht in der Lage, diese 4 Prozent zu zahlen, denn diese 4 Prozent werden ja nicht vom Bruttoeinkommen, vom sozialversicherungspflichtigen gezahlt, sondern sie werden aus dem Nettoeinkommen gezahlt, das nach Abzug der Mieten, der ganz normalen Lebenshaltungskosten und, und, und am Schluss noch übrig bleibt. Und davon dann 4 Prozent des Bruttoeinkommens, des sozialversicherungspflichtigen Bruttoeinkommens, und das ist dann plötzlich nicht mehr vom verbleibenden Nettoeinkommen. Wenn ich jetzt vor der Situation stehe, mache ich den eigenen Vertrag, ja oder nein, da geht es nicht um 4 Prozent, sondern da geht es manchmal um 20, 30, 40 und 50 Prozent oder auch mehr. Und dass in der Situation dann keiner einen Vertrag abschließt, mit dem er sich ja letzten Endes auch als junger Mensch für die nächsten 30, 35, 40 Jahre verpflichtet, das ist, weiß Gott, auch nachvollziehbar. Also unter dem Strich, wie gesagt, man darf an die Riester-Rente keine zu hohen Erwartungen richten. Man muss auch einfach sehen, dass hinter den Riester-Verträgen, auch das wurde bereits angesprochen von Frau Paetow, dahinter stehen in aller Regel kommerzielle Anbieter, die natürlich auch da ihren Gewinn machen wollen, die ihre Verwaltungskosten haben. Es gibt keine so effizienten Alterssicherungssysteme wie die gesetzliche Rentenversicherung. Die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung liegen, soviel ich weiß, aktuell bei 1,5 Prozent des gesamten Beitragsaufkommens und sind im Falle begriffen. Bei den privaten Vorsorgen fallen allein Vermittlungskosten an, die weit,

weit darüber liegen. Es fallen Gewinne an bei den Versicherungsunternehmen, von denen keiner redet. Und es wäre tatsächlich gut, da möchte ich die Forderung von Frau Paetow aufgreifen, die auf dem Kirchentag angesprochen worden ist, dass man dazu kommt, dass man ein Unternehmen findet, dass man da eine Organisationsform findet, die praktisch von Verwaltungskosten und Gewinnen frei ist. Das bräuchte man. Und derartige Einrichtungen gibt es aber bereits, das ist die gesetzliche Rentenversicherung.

(Zuruf)

Man bräuchte dort nur einen Zusatzteil einführen und die könnten das ohne Mehrkosten einfach nebenher mitmachen.

Vors. **Jörg Heydorn**: Ich kann ja mal klopfen, oder?

(Heiterkeit bei Brigitte L. Loose: Da reden wir noch mal darüber ...)

Also, wir werden hier als Enquete-Kommission in Mecklenburg-Vorpommern sicherlich nicht das Thema Riester-Rente vom Tisch bringen, aber, ich sage mal, Ihren Einschätzungen habe ich nichts hinzuzufügen. Ich kenne eine Person, also dem nützt die Riester-Rente mit Sicherheit, das ist Herr Riester selber. Gut, aber das jetzt außerhalb des Protokolls.

Brigitte L. Loose: Also die Riester-Rente ist eine hochgeförderte zusätzliche Vorsorge, ...

Vors. **Jörg Heydorn**: Gut.

Brigitte L. Loose: ... die so rentierlich für einige, insbesondere Frauen mit Kindern, ist. Das kriegen die in der Rentenversicherung nicht raus. Also das muss man auch mal sagen. ...

Vors. **Jörg Heydorn**: Gut.

Brigitte L. Loose: Also damit kann die Rentenversicherung nicht konkurrieren. Wenn wir die Zulagen noch dazu nehmen, also Frauen, die geringes Einkommen haben und Kinder, die haben mit der Riester-Rente irgendwie, also ...

Vors. **Jörg Heydorn:** Okay, Frau Loose, lassen Sie uns nicht mehr das Thema Riester-Rente hier vertiefen. Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen, dass Sie für uns Zeit gehabt haben, und würde gerne die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen!? (Zustimmung). Wunderbar, danke schön.

Unterbrechung der Sitzung von 14:58 Uhr bis 15:07 Uhr

Vors. **Jörg Heydorn:** Ich würde sagen ...

Ja, Herr Barlen.

Abg. **Julian Barlen:** Ich wollte fragen, ob wir das ...

Vors. **Jörg Heydorn:** Erst mal muss ich jetzt die Sitzung wieder eröffnen. Also, die Sitzung ist wieder eröffnet. Und als Erster hat um das Wort gebeten der Kollege Barlen von der SPD-Fraktion.

Abg. **Julian Barlen:** Ich habe nur mal eine Frage zum Verfahren. Also, rufen wir das noch mal auf irgendwie, um sozusagen auch mit Blick auf den Abschlussbericht zu klären, also inwieweit wir da Sachen von verwerten wollen oder wie wollen wir damit umgehen? Weil das sind ja, sicherlich werden uns auch in den nächsten Tagen noch Dinge einfallen, die sozusagen noch mal bedenkens- und überprüfenswert sind. Da sollten wir uns vielleicht heute zu verabreden, wie wir damit umgehen.

Vors. **Jörg Heydorn:** Also ich bin der Meinung, das muss man noch mal aufrufen, ganz klar. Auch unter dem Gesichtspunkt: Welche Informationen können wir noch kriegen vom Statistischen Landesamt? Und ich würde vorschlagen, dass wir als Ausschussesekretariat uns mal zusammensetzen, dazu mal einen Vorschlag machen und das vielleicht ... für die nächste Woche noch auf die Tagesordnung setzen, ja? Und gucken, ob wir uns darauf verständigen können. Das muss man. Ich denke

schon, dass es hier wirklich noch Redebedarf gibt, das also weiter zu vertiefen.
Frau Friemann-Jennert.

Abg. **Maika Friemann-Jennert:** Ja, das gibt schon auch mir das Stichwort. In anderen Ausschüssen ist es ja üblich – und das kennt ja jeder eigentlich –, dass wir Stellungnahmen und so weiter als Drucksache vorab kriegen. Ich hätte mir das heute ein bisschen für die Vorträge, die gehalten worden sind, gewünscht, weil so ganz tiefgründig konnte man sich ja dann damit nicht so wirklich befassen. Ich erwarte nicht, dass das vielleicht so en détail gemacht wird, aber vielleicht eben so eine Grundstruktur, damit man dann auch ein bisschen vorab sich damit beschäftigen kann und dann wirklich nicht nur so ... , sondern dann vielleicht auch, wenn die Experten da sind, dann auch tiefgründiger noch mal nachhaken kann. Wäre das möglich, dass wir uns darauf verständigen?

Vors. **Jörg Heydorn:** Ja, vom Prinzip her ist das möglich. Nur man muss hier an dieser Stelle Folgendes bedenken: Das sind letztendlich Leute gewesen von renommierten Instituten. Die sind hierhergekommen und rechnen auch kein Honorar ab. Wir kriegen also im Nachgang die Unterlagen sehr im Detail, die die hier vorgetragen haben. Die werden uns zur Verfügung gestellt und werden dann auch verteilt. Ob man das hätte im Vorfeld organisieren können, da müssen wir noch mal, müssen wir noch mal gucken. Also mir persönlich ist es so lieber, dass ich erst mal quasi so eine Einführung kriege und dann im Nachgang mich mit den Unterlagen auseinandersetze. Das ist ja so, jetzt so für meine Verständnisbildung, ist das eher der bessere Weg. Also, wir können das gern also soweit aufgreifen. Und wenn man also halt künftig, dann kann man vielleicht gucken, ob man solche Sachen kriegt. Okay, Herr Barlen und dann Frau Stramm.

Abg. **Julian Barlen:** Ja, genau, ich wollte nämlich was ganz anderes sagen. Noch mal zu dem Thema, was ist in der Zwischenzeit vielleicht noch mal recherchierbar. Da fand ich die Ausführungen zu der Frage, wie relevant eigentlich die Zusammensetzung der Haushalte dafür ist, wie man mit möglicherweise auch geringeren Einkünften umgehen kann. Also zwei Menschen, die beispielsweise in einem Haushalt wohnen und so weiter und so fort. Da gibt es ja die neuen Zensus-Daten. Da müsste man, also müsste sich mal jemand ransetzen und das also einfach

mal sich sehr genau angucken, weil da kann man das zum Beispiel sehen, wie sich das heute in Mecklenburg-Vorpommern auch in der Fläche verteilt. Das finde ich sehr interessant. Und dann könnte man also mit, auf dieser Grundlage auch noch mal schauen, wie weit man eigentlich mit Prognosen kommt, um zu beurteilen, wie sich das möglicherweise, sagen wir mal in 20 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern verhält. Und dann kann man ja einkreisen: Wo sind die Haushalte mit zwei Partnern, die extrem niedrige Einkommen haben? Wo sind die Ledigen mit den niedrigen Einkommen, also insbesondere ja auch die Männer, die da eine besondere Risikogruppe in unserem Bundesland darstellen, um dann Aussagen dafür zu treffen, wo ist es wahrscheinlicher, dass Leute auch selber ihr Leben durch eigene Finanzkraft gestalten und wo ist es eher unwahrscheinlich. Also das finde ich eine spannende Aufgabe noch mal im Nachklapp.

Vors. **Jörg Heydorn**: Alles klar. Frau Stramm und dann Frau Drecoll.

Abg. **Karen Stramm**: Ich will, also faktisch an Frau Friemann-Jennert anknüpfend, also ich bräuchte das nicht im Vorfeld hier, diese Sachen, das nicht, aber was ist eigentlich mit unserer Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter“, die wir nächste Woche haben? Die würde ich, das wollte ich mal wissen, weil, ich denke mal, da müssen wir uns ja auch irgendwie mal darauf vorbereiten. Also die hätte ich schon ganz gerne jetzt mal irgendwann gehabt.

Vors. **Jörg Heydorn**: Also das spreche ich gleich unter Tagesordnungspunkt 2 an. Das ist jetzt noch Tagesordnungspunkt 1, würde ich sagen. Also dass wir das da noch zuordnen. So, Frau Drecoll.

Erika Drecoll (Stellvertretende Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V.): Ja, ich wollte nur den Vorschlag von Frau Friemann-Jennert unterstützen. Ich finde das auch sinnvoll, wenn wir im Vorfeld Unterlagen bekommen und uns intensiver vorbereiten können und danach schon Fragen klären könnten.

Vors. **Jörg Heydorn**: Okay, danke schön! So, dann würde ich sagen, schließe ich jetzt Tagesordnungspunkt 1.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

- Grundlagenexpertise von Herrn Prof. Dr. Peter Dehne „Wohnen im Alter“

Vors. **Jörg Heydorn** kündigt für Dienstag, den 11. Juni 2013 eine erste Übersicht von Herrn Prof. Dr. Peter Dehne (Hochschule Neubrandenburg) zu der Grundlagenexpertise „Wohnen im Alter“ an. Die Vorlage einer vollständigen Ausarbeitung verzögere sich jedoch, da auch die aktuellen Zahlen und Daten aus dem Zensus 2011 Berücksichtigung finden sollen. Diese seien erst zum 31. Mai 2013 freigegeben worden und können nun bewertet werden.

- Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Gesundheitswirtschaft

Des Weiteren informiert Vors. **Jörg Heydorn** die Kommission über sein Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Horst Klinkmann (Präsident des Kuratoriums für Gesundheitswirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern) zur Zusammenarbeit beider Gremien. Es seien kontinuierliche Kontakte und Treffen auf Arbeitsebene vereinbart worden, welche zu wechselseitigem Informationsaustausch genutzt werden sollen.

- Sondersitzung am 25. Oktober 2013

Die **Enquete-Kommission** beschließt einvernehmlich, bei einer Enthaltung seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für den 25. Oktober 2013, 12:00 Uhr eine Sondersitzung vorzusehen.

Ende der Sitzung: 15:19 Uhr

Wi/Ka/Bo/Pa/Br

Jörg Heydorn
Vorsitzender